

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.00. Monatlich 35 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 133.

Freitag, den 11. Juni 1897.

4. Jahrgang.

Prozess v. Tausch-v. Lüchow.

Berlin, 31. Mai 1897.

(Sechster Verhandlungstag)
(Fortsetzung.)

Nach Wiedereröffnung der Sitzung nimmt der Vorsitzende das Wort zu folgender Erklärung: Nach der pflüchtigen Mandatsüberlegung des H. M. Lubachowski und der sich darauf anschließenden Erklärung des Mitverteidigers Dr. Holz, daß er unter diesen Umständen Bedenken trage, die Vertretung weiterzuführen, waren Schwierigkeiten entstanden, da eine Trennung der Angelegenheit gegen von Lüchow von der gegen v. Tausch nicht in Frage kommen konnte. Als als Vorsitzender des Gerichtshofes, der Gerichtshof und die Staatsanwaltschaft glaubten verpflichtet zu sein, diesen Schwierigkeiten nach Möglichkeit vorzubeugen. Es haben deshalb Besprechungen mit Herrn Lubachowski stattgefunden, in denen er die Gründe auseinandersetzte, die ihn veranlaßt haben, den einen Fall hier zur Sprache zu bringen. Ich erkläre, wenn mir diese Gründe, die für Herrn Dr. Lubachowski maßgebend sind, in öffentlicher Verhandlung mitgeteilt worden wären, so hätte ich keinen Anlaß gehabt, sein Vorgehen als einen bedauerlichen Irrthum zu erklären. Ich glaube, daß H. M. Lubachowski unter diesen Umständen geneigt sein wird, die Vertretung fortzuführen.

Oberstaatsanwalt Drescher: Von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß eine Trennung der beiden Sachen oder eine Vertretung unter allen Umständen zu vermeiden ist und auch in Erwägung der Erklärung des Herrn Rechtsanwalts Lubachowski über die Gründe seines Vorgehens habe ich zu erklären, daß ich den Vorwurf, der in meinen Worten, er habe aus Zornlauterkeit gehandelt, gefunden werden kann und wohl auch muß, nicht mehr aufrecht erhalte. H. M. Lubachowski: Unter diesen Umständen erkläre ich, daß ich die Vertretung wieder aufnehme.

Damit ist der Zwischenfall erledigt und das Zeugenverhör wird fortgesetzt. Die Vernehmung des Journalisten Fink von der „Post“ betrifft die Pläne des Herrn v. Lüchow, eine „Korrespondenz“ zu gründen und ist ganz uninteressant. Der nächste Zeuge, Geheimrath Mühl, giebt eine Darstellung von der Thätigkeit des Herrn v. Tausch bei der Ermittlung des Urhebers der Artikel in der „Welt am Montag“; die Aussage deckt sich mit der des Polizeipräsidenten. Auch ihm hat Tausch den verhafteten Ledert als seinen Zeugen gezeigt. Er bezeugt die Behauptung des Tausch, daß er sofort bestritten, das gesagt zu haben, was das „Verl. Tagebl.“ gemeldet hatte. (Der Zeuge spricht so leise, daß seine Aussagen, die dem Angeklagten v. Tausch günstig zu sein scheinen, zum größten Theil unverständlich bleiben.) Vorj.: Ist es auffallend, daß sich im Besitze des Herrn v. Tausch Berichte über den Vermögens- und Gesundheitszustand des Kaisers befinden haben? Es wird daraus geschlossen, daß er politische Artikel inspirirt habe. Zeuge: Nein, das ist nicht auffallend; er hatte gerade den Auftrag, alle diese Berichte von seinen Agenten einzuziehen. Vorj.: Was wissen Sie von Normann-Schumann? Zeuge: Er ist schon im Dezember 1891 protokolllarisch verurteilt worden, weil er gefälschte Artikel in der Presse veröffentlichte. Im April 1893 befindet sich in den Akten die Bemerkung von der Hand des Herrn v. Tausch, daß das Verhältnis zu Normann-Schumann gelöst worden sei, nachdem alle mündlichen und schriftlichen Warnungen in dieser Hinsicht vergeblich geblieben seien. — Der Zeuge deponirt noch, daß Tausch dem Polizeirath Eckardt nicht günstig gesinnt gewesen sei, weil dieser sich viel um die Presse kümmerte, die Tausch als seine Domäne betrachtete. Wichtig sei, daß die Namen der Agenten nur den Kommissaren bekannt seien; er, Zeuge, hätte gar keine Interesse daran, die Namen zu erfahren. Tausch habe in seinem Dienstleister manchmal Thatsachen mit Schlussfolgerungen vermischt. Oberstaatsanwalt: Wissen Sie etwas darüber, wie das Kennzeichen des Lüchow in dem Verichte des Polizeipräsidenten an die Staatsanwaltschaft zu Stande gekommen ist? Zeuge: Die Angaben über den Zeitpunkt des Lüchow stammen von Angeklagten von Tausch. Aus allen war ja von der Dittungsaffäre nichts bekannt. Auf Befragen des Rechtsanwalts erklärt der Zeuge: Es sei vollkommen ausgeschlossen, daß irgend eine unbetheiligte Person in den Verdacht eines Polizeiagenten kommen könnte. Das Verzeichniß der Agenten mit ihren richtigen und ihren Agenten-Namen hatte nur der Kriminalkommissar. Starb dieser, so starb auch der Agent. Denn dieser mußte zu dem Nachfolger kommen, sich legitimiren und nachfragen, ob er seine Thätigkeit fortsetzen könne oder nicht. H. M. Schwindt: Hatte Tausch die Vermuthung geäußert, der Ledert-Prozess sei eigentlich gegen ihn gerichtet? Zeuge: Diese Vermuthung hatten damals mehr Leute, auch ich. Darauf ließen Artikel z. B. in der „Frankfurter Zeitung“ schließen. H. M. Dr. Dulachowski: Herr von Tausch erhielt doch für besondere Dienstleistungen für andere Ressorts Extra-Vergütungen. Erhielten nun auch die Agenten für solche besondere Dienstleistungen besonderes Honorar? Zeuge: Soweit ich weiß, ja.

Der nächste Zeuge Polizeidirektor Eckardt wird zunächst wegen des anonymen Briefes, den Herr v. Köller von Lüchow erhalten haben soll, befragt. Er kann sich auf den Inhalt nur dunkel besinnen. Die Annäherung des Lüchow an ihn schildert Zeuge in der von Lüchow angegebenen Weise. Mit Tausch ist er nur einmal im Jahre 1895 bei Eröffnung des Nordpostkanals zusammen getroffen, wo Beide dienstlich beschäftigt waren. Vorj.: Hatte Herr von Tausch Grund zur Animosität gegen Sie? Zeuge: Ich weiß keinen Grund dafür. Herr v. Tausch hat aber, wie Herr Oberst Gade hier bekundet hat, gesagt, ich sei ein schlechter Mensch, dem man Alles zutrauen könne. Vielleicht äußert sich Herr von Tausch über die Grundlagen für diese Behauptung. Angekl. v. Tausch bestreitet die Äußerung; er habe nichts gegen den Zeugen. H. M. Lubachowski: Hatten Sie im Ministerium des Innern nicht die Aufgabe, die Presse zu überwachen. Zeuge: Das ist eine Frage, die zu beantworten ich ablehne, so lange meine vorgelegte Behörde mich nicht dazu ermächtigt. Der Zeuge wird entlassen.

Kriminalkommissar Kralger ist bei der ersten Verhaftung des Lüchow betheiligte gewesen. Er schildert das Benehmen des Lüchow bei der Verhaftung als sehr ruhig. Zeuge Wachmeister Red hat die Verhaftung des Lüchow bewirkt. Tausch habe ihm gesagt, er müsse auch Hanssackung abhalten, er werde ja nichts finden, Lüchow werde auch Alles herausgeben. Er habe die Handlung auf die Tausch beschränkt, die offen auf dem Tisch und dem Schreibtisch lagen, weil Lüchow mir auch sagte: Sie können sich doch auch denken, daß ich Alles was ich habe, Herrn von Tausch herangehen würde. Später ist ein Koch vom Herrn Oberstaatsanwalt beschlagnahmt worden, der Koch hat damals, wie ich erfahren habe, aber in der Wohnung der Wirthin eine Treppe tiefer gestanden. Ich konnte ihn also damals nicht beschlagnahmen. Vorj.: Hatten Sie den Eindruck, daß bei Tausch gar nicht ernstlich um die Hanssackung zu thun gewesen? Zeuge: Ich hielt die ganze Sache für Komödie, denn ich sagte mir Ledert ist verhaftet, Lüchow hat ihn demnächst, Ledert soll das nicht mein und deshalb ist Lüchow auch verhaftet worden. Ich hatte aber diese Annahme nur aus Egoismus heraus Staatsanwalt Eger: Haben Sie immer solche eigene Annahmen? Zeuge: Das war hier etwas Anderes. H. M. Sellö: Haben Sie etwas von verdächtigem Verkehr des Herrn v. Tausch mit Journalisten bemerkt? Zeuge: Herr v. Tausch hat mich direkt vor Verhör gewarnt; er sagte, die wollen uns doch nur aushorchen. Ich bezeugte einmal dem Normann-Schumann und sagte es Herrn von Tausch. Dieser sagte, ich sollte dem Normann nur aus dem Wege gehen. Das habe ich auch gethan. Normann hatte aber sehr gute Augen und sah mich schon von Weitem. Weiter: Wir war es unangenehm, wie man Herrn v. Tausch solche Dinge vorwerfen konnte, daß er politische Dinge in die Presse launert habe. Nachdem der Vater des früheren Angeklagten Ledert beschworen hat, daß ihm kein Zehn niemals Mittheilung über seinen angeblichen Hintermann gemacht habe, wird der frühere Angeklagte Ledert als Zeuge angerufen. Er bekundet, daß er nie zu Lüchow gesagt habe, Tausch habe ihn inspirirt oder Artikel bei ihm bestellt. Angeklagter von Lüchow: Eine große Anzahl von Informationen, die ich Herrn Ledert in einem Artikel über die Bronsart-Krise gab, hatte ich von Herrn v. Tausch. Er hat mir in diesem Falle nicht gesagt: Schreiben Sie einen solchen Artikel, aber er hat mir die Thatsachen wohl mit dem Wunsche erzählt, daß ich als Journalist sie verbreite. Alle diese Informationen hat mir Tausch in den Wochen gegeben, die dem Austritt des Ministers Bronsart von Schellendorff vorangingen. Vorj.: Was verstehen Sie, Herr v. Tausch, unter Inspiriren? Angekl.: Nur den direkten Auftrag. Staatsanwalt Eger: Die Anklage sieht ganz auf dem Standpunkt des Herrn v. Tausch, daß er den Lüchow in diesem Falle nicht inspirirt hätte. Vorj.: Heutzutage hat Jeder im größeren Freundeskreise einen oder mehrere Journalisten. Wenn er nun mit diesen spricht, so ist das doch keine Information. Zeuge, haben Sie sonst nach Artikel von dem Angeklagten v. Lüchow erhalten, von denen er sagte, daß sie von einem höheren Polizei-Beamten herrührten? Zeuge: Ja, Material zu einem Artikel in der „Täglichen Rundschau“, der sich mit der Verhaftung des Anarchisten Koschmann befaßte und mit dem Uebereiter des Kommissars Böfel tadelnd besprochen. Vorj.: Haben Sie den Artikel für einen politischen Artikel gehalten? Zeuge: Ja, er berührte das politische Leben. Der Vorsitzende bezweifelt das. Zeuge: Das ist schwer zu entscheiden; für einen Lokalartikel halte ich ihn nicht. Lüchow hat mich, die Quelle — ein höherer Polizei-Beamter — geheim zu halten, weil sein Minister sonst sofort wisse, von wem er ausgehe. Vorj.: Würden Sie, Angekl. v. Tausch, den Artikel für einen politischen halten? Angekl. v. Tausch: Nein. — Zur Information für die Geschworenen wird der Artikel verlesen. — Angekl. v. Lüchow: Ueber die Anarchistenverbrechen hat Tausch einige Male mit mir gesprochen und die Thätigkeit des Herrn Böfel, seinen blinden Eifer, scharf kritisiert. Ich hatte die Schlussfolgerung des Artikels für hochpolitisch. Vorj.: Eine Grenze ist da schwer zu ziehen. Angekl. v. Tausch bestreitet, den Artikel inspirirt zu haben. Ueber den Fall Koschmann sei er gar nicht orientirt gewesen. Er habe nur ganz im Allgemeinen über die anarchistische Gefahr gesprochen. Vorj.: Es ist ja auch anzunehmen, daß die politische Polizei mit ihren Agenten über politische Gegenstände spricht und nicht über Gegenstände der Kunst und Wissenschaft. Haben Sie sonst noch Artikel von Lüchow erhalten? Zeuge: Zwei über General von Voß und von Hahnke. Lüchow sagte mir, sie stammten aus derselben Quelle wie der Bronsart-Artikel. Angeklagter v. Lüchow: Tausch sagte mir, der Kaiser habe die Absicht, Hahnke an die Stelle von Voß zu setzen. Das sei aber nicht gut, deshalb müsse es mitgeteilt werden; denn der Kaiser lasse sich dadurch beeinflussen und thue das Gegentheil von dem, was die Presse vorher von seinen Plänen melde. — Angekl. v. Tausch bestreitet, dem Lüchow diesen Auftrag gegeben zu haben. Angekl. v. Lüchow: Bei solchen militärpolitischen Dingen bezog sich Tausch stets auf das Kriegsministerium und den Obersten Gade, mit dem er sehr intim zu stehen vorgab. — Ein weiterer Artikel, den Ledert im Auftrage Lüchows in der „Täglichen Rundschau“ veröffentlichte, enthielt die Behauptung, daß der Kaiser den Reichskanzler und Herrn von der Recke nach Hubertusstock berufen habe, um mit ihnen wegen der „Welt am Montag“-Artikel zu berathen, nachdem eine Kronrathssitzung vorhergegangen war. Der Artikel wurde in der „Norddeutschen Allg. Zeitung“ demontirt. Lüchow behauptet, auch zu diesem Artikel das Material von Tausch erhalten zu haben. Tausch bestreitet es, und Zeuge Ledert bekundet, daß Lüchow ihm als Quelle die des Bronsart-Artikels genannt habe. Vorj.: Zeuge Ledert, ich frage Sie nunmehr, wer hat Ihren Artikel in der „Welt am Montag“ über die Fälschung des Parontoakes inspirirt, von wem hatten Sie die Nachricht? Zeuge: Ich bedauere, die Antwort hierauf verweigern zu müssen. Ich habe dem Manne mein Wort gegeben und ich will es halten. Staatsanwalt Eger: Die Staatsanwaltschaft ist der Ansicht, daß der Zeuge durch diese Weigerung seine Zeugnispflicht verlegt. Das Recht der Zeugnispflichtverweigerung erlischt, nachdem das Urtheil in der Sache rechtskräftig geworden ist. Zwar giebt es eine entgegenstehende Ansicht, die auf das Wiederanfrageverfahren hinweist, aber ich halte diese Ansicht für falsch. Der Zeuge muß jetzt ant-

worten, oder er fällt in Strafe. Oberstaatsanwalt Drescher: Es liegt uns daran, in der Sache so viel als möglich Klarheit zu schaffen. Gegen uns wird in der Presse der Vorwurf erhoben, vor gewissen Renten machten wir Halt; es läge uns nicht daran, die Hintermänner zu ermitteln. Gerade diesem Vorwurfe gegenüber haben wir unterertheilt ein großes Interesse daran, den Hintermannern der Ledert und Lüchow nachzugehen und, so viel an uns liegt, Aufklärung zu verschaffen. Möglicherweise werden wir bei der Weigerung des Zeugen, einen Namen zu nennen, nichts erfahren, aber sachlich soll nichts unberücksichtigt bleiben. H. M. Sellö: Auch wir legen Werth darauf, daß Ledert mit der Sprache heranzückt. Wenn festgesetzt werden sollte, daß von irgend einer Seite, die mit Tausch nichts zu thun hat, politische Umtriebe angestiftet sind, so würde das zur Entlastung unserer Klienten dienen. Rechtsanwalt Lubachowski: Wir haben lediglich ein Interesse daran, zu erfahren, ob der Urheber des Artikels mit Herrn von Tausch in Verbindung steht. Zeuge: Nein. Vorsitzender: Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen und nichts zu verschweigen. Die gesetzlichen Folgen einer Weigerung sind Ihnen bekannt. Ich richte also die Frage an Sie: Wollen Sie den Hintermann nennen, von dem Ihnen mitgeteilt ist, daß der Hofmarschall Graf Eulenburg auf englischen Einlich hin den Vorlaut des Parontoakes gefälscht hat? Zeuge (laut): Das ist mir von keiner Seite gesagt, der Name des Grafen Eulenburg ist nie genannt worden. Zur Zeit der Kaiserbegegnung in Breslau ist mir mitgeteilt worden, daß die verantwortliche Nebenregierung, die eine Annäherung Rußlands an Deutschland nicht wünsche, ein Interesse daran hätte, durch die falsche Fälschung des Toales Mißstimmung zwischen beiden Reichen zu verbreiten. Vorj.: Wer hat Ihnen das mitgeteilt? Zeuge: Das verschweige ich. Staatsanwalt Eger: An der Verantwortung der Frage ist uns sehr viel, an der Verkräftung des Zeugen sehr wenig gelegen. Wir sind davon überzeugt, daß diese Ungehörlichkeiten nur in seinem Gehirn entstanden sind, daß er nur formell etwas verschweigt, thatsächlich nichts weiß. Trotzdem muß er bestraft werden. Ich beantrage 30 Mk. Geldstrafe. Vorj.: Wenn Ihr Gewährsmann Ihrer Altersklasse und Ihren sozialen Kreisen angehört, dann interessiert es uns herzlich wenig. Es kommt darauf an, ob er eine politische Rolle spielt. Vielleicht beantworten Sie die Frage nach dieser Richtung. Zeuge lehnt auch das ab. Oberstaatsanwalt: In der Vernehmung haben Sie die Frage über Ihren Hintermann verkräftet beantwortet. Wenn er ein obskurer Mensch ist, interessiert er uns nicht. Angekl. v. Lüchow: Herr Ledert, Sie beschreiben in Ihrem hochgestellten Persönlichkeit. Wir Beide litten an der schrecklichen Krankheit des Nennomizens. (Heiterkeit.) Aus einem Worte wurden Hundert. Hat diese Persönlichkeit vielleicht ein Wort fallen lassen? Zeuge: Nein, Herr von Lucanus war es nicht. Vorj.: Sie sind ein junger Mensch, über Ihre Geschichte wird Gras wachsen. Können Sie sich nicht entschließen, der Wahrheit die Ehre geben? Zeuge schweigt. Vorj.: War es vielleicht der Bediente eines hohen Herrn? Zeuge: Nein. — Der Gerichtshof zieht sich zum Beschluß zurück.

Der Vorsitzende verkräftet den Gerichtsbeschluß dahingehend, daß Ledert als unfolgsamer Zeuge in die von der Staatsanwaltschaft beantragte Geldstrafe von 30 Mk. genommen wird. Ledert erklärt noch, daß Herr v. Hoffstein nicht sein Gewährsmann sei er protestirt dagegen, daß ihn der Staatsanwalt lächerlich zu machen suche. Der Vorsitzende erwidert, er habe nicht den Eindruck gehabt, daß der Oberstaatsanwalt den Zeugen als lächerlich machen wolle. Die Lächerlichkeit sei vielmehr nur in der vom Zeugen behaupteten Thatsache hinsichtlich des angeblichen Hintermannes begründet. Der Zeuge wird wieder in die Gefängnisstrafe abgeführt.

Hierauf vertagt der Vorsitzende am 5 Uhr die weitere Verhandlung auf Dienstag früh 9 Uhr. Der Vorsitzende spricht die Hoffnung aus, die Verhandlung bis Mittwoch Abend zu Ende zu führen. H. M. Sellö aber äußert unter Hinweis auf die sechs bevorstehenden Plaidoyers hiergegen Bedenken. (Fortsetzung in der Beilage.)

Politische Mundschau. Deutschland.

Wahl in Königsberg. Heute findet in Königsberg i. Pr. die durch den Tod des Genossen Schulze erforderliche Neieichstagswahl statt. „Der Volkszweig“ entnehmen wir folgende Angaben: Der Wahlkreis war bis zum Jahre 1878 im unbestrittenen Besitze der Fortschrittspartei, deren Vertreter Rentier J. Dickert 1871 und 1874 im ersten Wahlgange, 1877 aber in der Stichwahl gegen den Nationalliberalen mit großer Mehrheit siegte. Bei der ersten Auflösung des Reichstages im Jahre 1878 in Folge der Attentate hielt man das Mandat fortschrittlicherseits so gesichert, daß der Kandidat während der Wahlbewegung eine Reise nach Rußland antreten konnte. Die Folge der Lässigkeit war der Sieg des freikonservativen Justizraths Steller im ersten Wahlgange mit 7722 gegen 5351 fortschrittliche und 1108 sozialdemokratische Stimmen, während 228 auf einen Zahlkandidaten des Zentrums entfielen und 8 zersplitterten. Die schweren Schädigungen des Handels von Königsberg durch die famose Zoll-„Reform“ von 1879 bewirkten einen vollkommenen Umschwung selbst. Im Jahre 1881 wurde Prof. J. Möller, ein Veteran und Gemäßigter der Fortschrittspartei, mit 12851 Stimmen im ersten Wahlgange gewählt, während auf den Freikonservativen nur 2142, den Sozialdemokraten 248, das Centrum 197 entfielen und 10 zer-

splitterten. Im Jahre 1884 erhielt Müller 7661, der Sozialdemokrat dagegen 4351, der Konservative 3799 Stimmen; Müller siegte in der Stichwahl mit 9024 gegen 6426 sozialdemokratische Stimmen. Dagegen erzielte Müller bei der Fälschungswahl von 1887 nur 6427 gegen 7408 nationalliberale und 7987 sozialdemokratische Stimmen. In der Stichwahl erhielt der nationalliberale Bürgermeister Hofmann mit 12 468 gegen 10 280 sozialdemokratische Stimmen das Mandat. Bei der 1890er Wahl erhielten im ersten Wahlgange die Freisinnigen 6725, die Nationalliberalen 5680, der sozialdemokratische, aus Berlin ausgewiesene Metallarbeiter, später Gastwirt Schulze dagegen 12 370 Stimmen. Letzterer erhielt in der Stichwahl mit 13 138 gegen 12 615 freisinnige Stimmen das Mandat. Bei der letzten Wahl von 1893 erzielten die Freikonservativen 7296, die freisinnige Volkspartei 5952, die Sozialdemokraten 10 968 Stimmen, 23 zerplitterten. Schulze siegte mit 13 136 gegen 10 450 freikonservative Stimmen. Für die Nachwahl ist es bedeutsam, daß die bisher bald unter nationalliberaler, bald unter freikonservativer Firma vereint marschierenden Reaktionären, die nur bei Kriegsrummel und Auflösung Bedeutung haben, diesmal gespalten sind. Die Nationalliberalen stellen den Landtagsabgeordneten Rechtsanwalt Dr. Krause, den Sprecher bei dem Vereinsgesetz, auf, während Konservative und Antifemiten sich auf den Glasermeister Störmer geeinigt haben. Die Freisinnigen haben als Kandidaten den Rittergutsbesitzer Wapendick-Dahlheim, die Sozialdemokraten den Rechtsanwalt Dr. Haase zum Kandidaten erwählt.

Konservative Verdächtigungssucht. Die „Kreuz-Bl.“ veröffentlicht in ihrer Abendausgabe vom 5. Juni eine der „Konservativen Korrespondenz“ entnommene Notiz über die Beteiligung der Sozialdemokratie an den Landtagswahlen, in welcher es heißt:

„In „schwebender Pein“ hängt und bangt der Freisinn. Er weiß noch immer nicht genau, ob die maßgebenden sozialdemokratischen Parteiführer für oder wider ein Landtags-Wahlbündniß seien. „Genosse“ Liebknecht hat sich kurz und bündig dagegen erklärt; das schmerzte den Freisinn. Heute aber erfüllte wieder frohe Hoffnung dessen Busen, weil „Genosse“ Bebel in seiner zweideutigen Art im „Vorwärts“ geschrieben hat, es könnte sein, es könnte aber auch nicht sein; die Sache müßte reiflich überlegt werden.“

Soweit diese Notiz Bebel betrifft, ist sie völlig erlogen. Bebel hat sich im „Vorwärts“ nur einmal über die Beteiligung der Sozialdemokratie an den Landtagswahlen geäußert, und zwar in dem Leitartikel in der Nummer vom 2. Juni. Dort lautet aber die Stelle, die hierauf Bezug hat, wörtlich:

„4. Muß die Partei durch energische Beteiligung an allen Wahlen, bei denen Arbeiter ihre Stimme abgeben können, die Zahl der Volkseinde zu bezimern oder ganz hinauszumerken suchen.“

Diese Äußerung ist eben so klar als bestimmt und zeigt, von der angeblichen „zweideutigen Art“ keine Spur. Es ist zwar nicht unsere Weise, allen Verdächtigungen der Gegner in jedem Falle entgegenzutreten, denn das würde eine zu mühsame Aufgabe sein. Aber die Versuche der konservativen Organe, den Charakter Bebel's zu verdächtigen, werden so systematisch und so wider besseres Wissen betrieben, daß sie doch einmal angezweifelt werden müssen.

Die „Post“, das Leiborgan des Herrn von Stumm, nimmt den Oberstaatsanwalt Drescher in Schutz gegen die auch von uns abgedruckte Erklärung Bebel's. Das ist bei der „Post“ selbstverständlich, deren Redakteure die Aufgabe haben, im Sinne des Herrn v. Stumm den Kampf für Religion, Sitte und Ordnung zu führen. Aber die „Post“ irrt sich, glaubt sie durch Befolgung ihres Rathes gegen Bebel und andere sozialdemokratische Abgeordnete, dieselben so oft als möglich zu eidlischen Zeugnisaussagen wegen ihrer Reichstagsreden zu nötigen, diese einzuschüchtern. Dieselben werden nach wie vor thun was sie für ihre Pflicht halten und sich weder von der „Post“ noch Blättern ähnlichen Schlages davon abhalten lassen. Zu Erklärungen à la Stumm zu greifen, haben sozialdemokratische Abgeordnete bisher noch nicht nöthig gehabt.

Pastor Köhlsche ist aus dem Amt geschieden. Da er der vom Oberkirchenrath gegen ihn ausgesprochenen Verurteilung in den kleinen östlichen Ort Sierakowiz nicht nachkommen wollte, so hat er seinen Dienst überhaupt quittirt.

Das Weimarsche Staatsministerium giebt bekannt, daß die Landtagswahlen im September d. J. stattfinden sollen.

In der Frage der Militär-Strafprozess-Ordnung soll, wie der „Hamb. Korresp.“ wissen will, ein Kompromiß zwischen Bayern und Preußen angebahnt werden. Es soll ein bayerischer Senat beim obersten Militär-Gerichtshof eingerichtet werden.

Wie dem auch sei, in jedem Fall ist es unerhört, daß um dieser Kompetenzstreitigkeiten willen die Reform der Militärjustiz immerfort in die Ferne geschoben wird.

Flugblätter für das neue Vereinsgesetz werden gegenwärtig den Kreisblättern beigelegt. Die Flugblätter sind, wie die „Freisinnige Zeitung“ feststellt, ebenso wie die Leitartikel, welche die Kreisblätter in letzter Zeit für das Vereinsgesetz, für die Flottenvermehrung und für andere Projekte der Regierung gebracht haben, hergestellt in dem Verlag für christliche Zeitschriften zu Berlin. Verantwortlicher Redakteur ist Pastor E. Hülle. Einiges dieser Flugblätter, das dem „Anzeiger für Seidenberg“ beisteht, ist überschrieben: „Das Vereinsgesetz —

Schutz gegen Umsturz, keine Reaktion.“ In demselben befinden sich Schlagworte, wie: „Die Bügellostigkeit der Revolutionspartei kennt keine Grenzen mehr.“ „An den Anschlagskäulen in vielen großen Städten prangen Tag für Tag die roten Plakate der Anarchistenversammlungen, in denen die „Propaganda der That“, d. h. in schlichter Deutsch überseht, Mord, Raub und Diebstahl gepredigt werden.“ „Aber, lieber Leser, es fehlen der Obrigkeit die Handhaben, dem gefährlichen Treiben zu steuern.“ Ueber den Reichstag heißt es, daß derselbe, „obwohl er sich um preussische Dinge gar nicht zu kümmern hat und bei nationalen Fragen seine Mitwirkung versagt“, sich bemüht, die öffentliche Meinung Preussens zu beeinflussen. Es sei „als erlösende That zu begrüßen, daß der König sich entschlossen hat, dem zügellosen Wüthen der Umsturzpartei entgegenzutreten.“ Das Flugblatt schließt: „Wer der Obrigkeit die Mittel verlagert, ihres Amtes zu walten, ebnet der Revolution die Wege.“

Der christliche Zeitschriftenverein ist seit lange geradezu ein Herd der Reaktion. Die von Herrn Hülle herausgegebene Korrespondenz, die in zahllosen Kreisblättern Aufnahme findet, zeichnete sich schon bei der Umsturzvorlage durch die Maßlosigkeit ihrer Rückwärtserei aus. Statt von den „Grundfäden des Christenthums“ durchdrungen zu sein, schwärmt sie für eine polizeiliche Gewaltpolitik.

Sozialdemokratischer Parteitag der Provinzen Schlesien und Posen in Ober-Langenbielau am 6. Juni. Die vorliegende Tagesordnung betraf vier Punkte: Die nächsten Reichstagswahlen; Agitations- und Organisationsfragen; Unsere Presse; Verschiedenes. Als neuer wichtiger Punkt wurde die Erörterung der nächsten Landtagswahlen auf die Tagesordnung gesetzt. Von Reichstagsabgeordneten aus schlesischen Wahlkreisen waren die Genossen Kühn und Tugauer anwesend; Schoenland war durch Krankheit, Müller durch Theilnahme an dem Vergarbeitskongreß am Erscheinen verhindert. Anwesend waren 47 Delegirte aus 22 schlesischen und posenschen Wahlkreisen.

Zunächst wurde über die Agitations- und Organisationsfragen verhandelt. Die Agitationskomitees, die früher in Schlesien und Posen bestanden, sind, weil sie durch die Behörden zu sehr in ihrer Thätigkeit gehindert wurden, vor zwei Jahren aufgelöst worden; an deren Stelle sind Kreis-Vertrauensmänner getreten. Dieses Institut soll weiter ausgedehnt werden.

Nach einer langen Diskussion wurden folgende Anträge angenommen: 1) In Breslau und in Langenbielau als Centren werden Bezirksvertrauenspersonen ernannt, die mit Kreisvertrauensmännern in Verbindung treten sollen (Antragsteller: Gen. Geiser). 2. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion soll die in Schlesien sehr häufigen Konfiskationen von Flugblättern im Reichstage zur Sprache bringen; die Behörden sollen für ungesetzliche Konfiskation schadenersatzpflichtig gemacht werden (Antragsteller: Brieger und Genossen). 3. Der Parteitag protestirt gegen das Verhalten der ober-schlesischen Polizeibehörden gegen Parteigenossen und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter (Antragsteller: Dr. Winter). 5. Die Vertrauensmänner sollen der weiblichen Vertrauensperson Alice Geiser in Breslau über Existenz und Umfang einer Frauenbewegung in ihren Kreisen berichten (Antragstellerin: Frau Alice Geiser).

Zum 2. Punkt der Tagesordnung, Reichstagswahlen, wurden soweit als möglich die Kandidaturen für die nächste Wahl festgestellt.

Ueber die Beteiligung der Sozialdemokratie an den nächsten preussischen Landtagswahlen sprachen die meisten Redner für eine solche Beteiligung, doch wurde eine vorsichtige Behandlung der Landtagswahlfrage empfohlen.

Angenommen wurde folgender Antrag: Der Parteitag hält die Beteiligung der sozialdemokratischen Wähler an den preussischen Landtagswahlen für nöthig; eigene Wahlmännerkandidaten sollen aufgestellt werden. Im allgemeinen soll eine Beteiligung nur dort erfolgen, wo gute Aussicht vorhanden ist, eigene Wahlmänner durchzubringen. Der Parteitag fordert die Parteileitung auf, auf dem nächsten deutschen sozialdemokratischen Parteitag sich ähnlich zu äußern und eine grundsätzliche Entscheidung der Gesamtpartei zu dieser Frage herbeizuführen. (Antragsteller: die Langenbielauer Parteigenossen.)

Der 2. Punkt der Tagesordnung betraf die Presse. Bemerkenswerth ist, daß gegen die „Volkswacht“ innerhalb zwei Jahren nicht weniger als 81 Prozeßverfahren angestrengt worden sind, die 46 Verurtheilungen brachten. Der geschäftliche Stand der „Volkswacht“ ist weniger günstig, als der des „Proletariers.“

Folgende Anträge wurden angenommen: 1) Die Preßkommissionen beider Parteizeitungen der Provinz werden an den Ausgabeorten gewählt und haben die Pflicht, auf dem Provinzial-Parteitage über den Stand der Blätter zu berichten. 2) Der Provinzial-Parteitag erkennt die Nothwendigkeit an, daß besonders für Breslau, im weiteren auch für die Provinz, das Breslauer Parteiblatt bestehen bleiben muß.

Der dritte Parteitag der polnischen Sozialdemokratie, der am Pfingstsonntag in Berlin zusammentrat, war von 24 Delegirten besucht. Neben den Polen Schlesiens und Posens hatten auch die in Berlin und Umgegend, Brandenburg, Frankfurt a. D., Hamburg, Leipzig und anderen deutschen Orten arbeitenden sozialdemokratischen Polen Vertreter gesandt. Aus den Berichten der Delegirten ging hervor, daß trotz der unerhörtesten Bekämpfung unserer Partei, insbesondere durch Geistlichkeit und Adel, doch ein Fortschritt der sozialistischen Propaganda unter den Polen zu verzeichnen ist. Die Ein-

nahme des Parteivorstandes betrug M. 13 573, die Ausgabe Mark 13 671, so daß nur ein geringfügiges Defizit vorhanden ist. Die „Gazeta Robotnicza“, das Organ der polnischen Partei, hat 6000 Abonnenten. Die Beschlüsse des Parteitages sind kurz zusammengefaßt nachfolgende: Zur besseren Beschaffung von Geldmitteln werden die Bots, die bisher, mit Ausnahme Hamburgs, nur in polnischer Sprache gedruckt wurden, künftig zum Theil in polnischer und deutscher Sprache gedruckt. Der Parteitag wird von jetzt ab alljährlich abgehalten, um eine bessere Fühlung unter den Parteigenossen herzustellen. Mit Hilfe der deutschen Vertrauenspersonen soll eine Statistik der in den einzelnen Orten arbeitenden Polen aufgenommen werden. Die „Gazeta Robotnicza“ soll jährlich mindestens einmal ein Verzeichniß der Strafen veröffentlichen, die über polnische Parteigenossen verhängt worden seien. Jeder Parteitag der deutschen Sozialdemokratie soll durch einen Delegirten besucht werden, der der polnischen Organisation angehört. Unter den Sachverständigen sollen volkshilflich geschriebene polnische Flugblätter vertheilt werden. Die Mitglieder der Partei sind verpflichtet, der Gewerkschaft ihres Berufes beizutreten, wenn eine solche am Orte besteht. Ueber die wirtschaftlichen Verhältnisse der polnischen Arbeiter sollen Erhebungen veranstaltet und die Ergebnisse derselben der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zugestellt werden. In allen Kreisen mit starker polnischer Arbeiterbevölkerung sollen bei der nächsten Reichstagswahl eigene Kandidaten aufgestellt werden; die Wahlagitatorien in Oberschlesien soll durch einen geeigneten Genossen betrieben werden. Gegen die preussische Vereinsgesetz-Novelle und gegen die in Schlesien übliche Versammlungsverbiete wandte sich der Parteitag in sehr scharfen Resolutionen. Betreffs der Frage, wie sich die polnische Sozialdemokratie zu dem Begriff der polnischen Nationalität verhalte, beschloß der Parteitag, den darauf bezüglichen polnischen Antrag auf dem Londoner internationalen Sozialistenkongreß in das Programm der polnischen sozialdemokratischen Partei aufzunehmen. Gegen die Artikel, die in diesen Tagen über die polnische Partei in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht worden sind, wurde eine Resolution angenommen. Ein Antrag, die „Gazeta Robotnicza“ von Berlin nach Posen zu verlegen, fand nicht die Zustimmung des Parteitages; ein anderer Antrag, die „Gazeta Robotnicza“ wöchentlich zwei Mal erscheinen zu lassen, wurde bis zum nächsten Parteitag zurückgestellt. Vom nächsten 1. Mai an soll für die Agitation unter den Polen alljährlich eine eigene Mai-Festschrift herausgegeben werden.

Aus der Wahl des Parteivorstandes gingen hervor: Redakteur Morawski, Klavierarbeiter Merkowski, Galvaniseur Thiel, Schuymacher Solibrodzki und Arbeiter Rybicki, sämmtlich in Berlin. Zu Revisionen bestimmte man Verfus, Straszewski und Raczmarek in Berlin. Als Vertreter für den nächsten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wurde Morawski gewählt. Beschlossen war noch die Einsetzung einer Kommission, die alle Beschwerden über den Vorstand und die Beamten der Partei erledigen soll; es kam jedoch nicht zur Wahl dieser Kommission.

Nach einem zündenden Schlußwort des Vorsitzenden Verfus, worin er der Solidarität der polnischen Sozialdemokratie mit den Bruderparteien aller Länder Ausdruck gab, ging der Parteitag mit einem dreifachen, stürmischen Hoch auf die Sozialdemokratie aus.

Friedenskonferenz. Die interparlamentarische Friedenskonferenz der bürgerlichen Kriegsgegner soll in diesem Jahre im Nationalpalaste zu Brüssel am 6. August zusammentreten. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Neutralität, der ständige internationale Schiedsgerichtshof, politischer Kongreß der sekundären Mächte.

Oesterreich-Ungarn.

Der sechste Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie, der seit dem 6. d. M. in Wien tagt, erfreut sich recht zahlreicher Theilnahme. Aus allen Theilen Oesterreichs sind insgesamt 160 Delegirte erschienen. Die sozialdemokratische Fraktion des österreichischen Abgeordnetenhauses ist vollzählig am Plage. Der erste Verhandlungstag wurde nach einer warmherzigen Begrüßungsrede des als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie anwesenden Genossen Pfannkuch und nachdem den streikenden Tramwayknechten Sympathie und Unterstützung zugesichert war, mit dem Geschäfts- und Kassenbericht und der Debatte über dieselben angefaßt. Die Berichte, erstattet von den Genossen Schuhmeier und Dr. Ellenbogen, gaben ein Bild erfreulichen Wachstums der Partei, welches besonders in den Wahlergebnissen einen trefflichen Ausdruck gefunden hat. Für den nicht bebefriedigenden Ausfall der Wiener Wahlen gab Dr. Adler in längerer Darlegung die Erklärung dahin, daß die Sozialdemokratie von den Bedienten aller Klassen besiegt sei, die von den Antifemiten an die Urne geschleppt wurden.

Am zweiten Verhandlungstage erstattete zunächst Genosse Daszynski, Vertreter für Krakau im Reichsrath, den Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Er schilderte die aus der Mehrsprachigkeit erwachsenden Schwierigkeiten, konnte aber mit Genüghung konstatiren, daß im sozialdemokratischen Verband des Abgeordnetenhauses die Internationalität der Sozialdemokratie ihren schönsten Ausdruck finde. Deutsche, Tschechen und Polen, die sich sonst als Parteien heftig befänden, wirkten innerhalb des sozialdemokratischen Verbandes in friedlicher Gemeinsamkeit für die Interessen des Proletariats. Um die Fraktion durchaus rein sozialdemokratisch zu erhalten, sei die Aufnahme des

radikalen Rathen Dr. Jaroszewicz in den parlamentarischen Verband abgelehnt und er nur als Hospitant zugelassen. Der Einfluß der Sozialdemokratie im Parlament sei trotz der geringen Zahl ihrer Vertreter ein bedeutender. Sie habe das Parlament veranlaßt, zum ersten Male anständig zu sein und einem eingeleiteten Abgeordneten die Freiheit zu verschaffen. Der erste sozialdemokratische Antrag habe selbstverständlich dem allgemeinen Wahlrecht gelten müssen; es werde in einem über kurz oder lang neuentzündenden Wahlrechtskampfe errungen werden. In drastischer Weise schilderte Redner dann die Situation im Parlament und betonte, daß die Sozialisten sich an den Vorkämpfen nicht betheiligen, aber gegen die Verkürzung der Rechte protestiert hätten. Die Regierung sei die Besiegte und die Sozialdemokraten würden einem Wadeni sicher nicht aufhelfen, wenn er fällt. Die Zukunftschancen für die Sozialdemokratie ständen günstig; sie werde dem Volke die Unterdrücker vom Hals schaffen.

Dann sprach Dr. Viktor Adler über die Taktik der Partei. Auch er betonte, daß die Bedeutung der parlamentarischen Vertretung der österreichischen Sozialdemokratie weit über ihre Zahl hinausgehe. Nach allgemeinem Wahlrecht müßte sie 85 statt 14 Vertreter haben. Die Taktik der Partei müsse aus dem arbeitenden Volke heraus bestimmt werden. Drei Gefahren sei zu begegnen. Die erste bilden die sich mehrenden Verdummungs- und Verpfändungsversuche, die von Antisemiten und Christlichsozialen ausgehen. Die zweite bilde der Nationalitätenhaß, den die Sozialdemokratie überwinden müsse. Die Bourgeoisie habe sich dieser, eigentlich ihr zustehenden Aufgabe nicht gewachsen gezeigt. Die Sozialdemokratie sei auf dem besten Wege, das Problem zu lösen. Sie müsse ein enges Gefüge der sprachverschiedenen Arbeiterschaft schaffen. Das gehe aber nicht mit Uniformierung, sondern nur unter Berücksichtigung der praktischen Verhältnisse. Der internationale Standpunkt werde das Wichtigste im Befreiungskampfe der Sozialdemokratie sein. Bei der Sprachenverordnung habe sich Wadeni als sehr schlechter Händler erwiesen. Er habe die Jungtschechen gewonnen, sei aber ihr Gefangener; er habe die Deutschen vor den Kopf gestoßen und diese Jammerkerle, von denen kein Hund mehr ein Stück Brot nahm, wieder in die Rolle der Helden gebracht. Die Sozialdemokraten seien mit der Sprachenverordnung in manchen Stücken einverstanden, dürften aber das Kabinett Wadeni nicht stärken, umsoweniger als der Ungerer wieder eine seiner gewöhnlichen Verräthereien dabei verübt habe. Drittens sei die Frage des Arbeiterschutzes in den Vordergrund zu stellen, die durch den Kampf um das Wahlrecht etwas zurückgedrängt worden sei. Gegen den Militarismus sei entschieden Front zu machen, aber die Entschädigung der Familienangehörigen Militärpflichtiger zu unterstützen. Redner kündigte an, daß zum Herbst in den Kampf um das allgemeine Wahlrecht für den Wiener Gemeinderath einzutreten sein werde. Die Sozialdemokratie sei heute thatsächlich schon die wichtigste Partei Oesterreichs; die anderen Parteien äßten ihr nach, ohne etwas Thatsächliches für den Arbeiterschutz zu thun. Nur die Sozialdemokratie könne den Arbeitern die Kraft verleihen, mit dem Kapitalismus aufzuräumen.

Die Diskussion zeigte im Allgemeinen Zustimmung zu den von den Referenten ausgesprochenen Gedanken. Nur Brot-Wien klagte über ungenügende Berücksichtigung des jüdischen Proletariats. In trefflicher Rede entgegnete ihm Dr. Engelbert Bernerstorfer; er betonte, daß die Sozialdemokratie den Juden keinerlei Schwierigkeiten mache, ihnen aber auch nicht nur, weil sie Juden seien, eine führende Stellung einräumen könne. Er habe sich der Sozialdemokratie angeschlossen, weil sie auf dem gesunden Boden des realistischen Internationalismus stehe. Die Nationen sollten einen großen blühenden Garten gleichen, wo die verschiedensten Blüten das Auge erfreuen. Alles Gute, was er vom Himmel für seine Nation herabwünsche, wünsche er auch den anderen. Er hoffe, die Ueberzeugung werde sich bald überall Bahn brechen, daß man ein trefflicher Deutscher, ein guter Slave, ein braver Italiener und dabei doch ein leidenschaftlicher internationaler Sozialdemokrat sein könne.

Mit dieser von stürmischen Beifall belohnten Rede schloß der zweite Verhandlungstag.

Frankreich.

Die Interpellation über den Kohlengräberstreik in Grand'Combe führte in der Sonnabend-Sitzung der Kammer zu einem heftigen Zwischenfalle, von dem weiter unten die Rede ist. Sachlich ist aber die Debatte bereits erschöpft. Die Bergarbeiter-Abgeordneten, Bally und Lamendin, sowie der sozialistische Abgeordnete Faberot haben auf Grund ihrer persönlichen Erfahrungen im Streikgebiet ein ergreifendes Bild von dem Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem der Grubengesellschaft entworfen. Die Ursache des Streiks, die Entlassung von 575 Arbeitern unter dem Vorwand des schlechten Geschäftsganges ist ein letztes Glied in der Kette der wirtschaftlichen, politischen und religiösen Knechtung der Arbeiter. Der Direktor Graffin, ein clerikal-monarchistischer Parteigänger, wie so viele französische Großbourgeois, suchte seit Jahren sein Arbeitspersonal zu politischen Stimmvieh-Diensten zu zwingen. Zu diesem Zwecke hatte er ohne Rücksicht auf die Betriebsbedürfnisse hundert von Bergarbeitern in Arbeit genommen und die „treuesten“ derselben mit Aufseher- und Angestelltenposten belohnt. Graffin wurde denn auch zum Bürgermeister und sein clerikal-monarchistischer Freund, de Namel, zum Abgeordneten gewählt. Die Anwerbung von überflüssigen Arbeitskräften zu Wahlzwecken erwies

sich indes mit dem Erwachen des Klassenbewußtseins der Arbeiter als zwecklose Verschwendung. Daher die Massenentlassung, welche natürlich die widerhaarigsten Elemente traf. So wurden sämtliche Mitglieder des Gewerkschaftsvorstandes bis auf zwei gemahregelt. Und noch eine zweite Fliege schlug der Prox mit derselben Klappe. Er hat vorzugsweise ältere Arbeiter gemahregelt, die dem pensionsberechtigten Alter nahe stehen. Der gesetzlich vorgeschriebene Reservefonds der Altersversorgungskasse, zu 1/3 aus Arbeitergroßchen zusammengesetzt, wurde von der Verwaltung verthan, theilweise für den Bau und Unterhalt von Kirchen und Kapellen, zu deren fleißigem Besuch die Arbeiter angehalten werden. Daneben blüht im frommen Betrieb ein räuberisches Trucksystem. Die Arbeiter sind gezwungen, ausschließlich in den Waarenmagazinen der Gesellschaft zu kaufen. Zu diesem Zwecke wird jedem neu eintretenden Arbeiter der ganze Lohn für den ersten Monat beschlagnahmt für Rechnung seiner Einkäufe in dem Truckladen. Die Gesellschaft verdient so bis zu 25 pSt. Bally legte zum Beweis die Rechnung eines Lieferanten für den Truckladen vor. Der Verlauf des Streiks hat bis zur Evidenz gezeigt, daß die Massenentlassung mit dem vorgeschlagenen schlechten Geschäftsgang nichts zu thun hat. Nicht nur haben die Arbeiter sich erboten, so lange als notwendig schichtenweise 1 oder 2 Tage pro Woche zu feiern. Der Hauptingenieur Fournat erklärte den Vorschlag für durchführbar. Dafür wurde er aber kurzerhand gemahregelt.

Und die Regierung? Aus der Antwort Turrel's, des Ministers der öffentlichen Arbeiten, geht hervor, daß sie sich darauf beschränkt hat, von den Eisenbahnen billigere Frachttarife für die Grand'Combe-Kohlen zu erlangen, um der Gesellschaft die Konkurrenz mit der englischen Kohle zu ermöglichen. Im Uebrigen sanktionierte sie den Raub der Gesellschaft an den Pensionsgeldern der Gemahregelten, indem sie die entlassenen Kohlengräber mit — Erdarbeiten in einem benachbarten Departement abzufinden verurtheilte. Und wie im Streikgebiet Militär, Polizei und Richter mit den Agenten Graffin's um die Bette der Ausständigen provozierten, um sie dann verhaften und verurtheilen zu können, so trat auch der Minister in der Kammer zynisch als der Anwalt der Gesellschaft auf. Er suchte die dokumentarisch belegten Anschuldigungen der Interpellanten durch lügnerische Berichte der Gesellschaft zu entkräften. Das mußte einen Entrüstungsturm auf den sozialistischen Bänken entfesseln.

Die Entrüstung erreichte ihren Höhepunkt, als Turrel sich auf ein ihm von der Gesellschaft zugegangenes Schriftstück berief, wonach die Arbeiter „freiwillig“ die Abänderung der Statuten der Alterskasse, das heißt den widergesetzlichen Raub seitens der Gesellschaft mit ihren Unterschriften gutgeheißen hätten. — „Mit ihren Unterschriften?“ rief Genosse Gerault-Richard, „ich fordere Sie heraus, uns diese Unterschriften zu zeigen!“ Der Minister hütete sich aber wohlweislich, das zu thun. Nun ging der Lärm los. Die Regierungsmänner verweigerten sich so weit, die einzelnen sozialistischen Abgeordneten beim Präsidium zum Ordnungsruf zu denunczieren. Das zog ihnen von Seiten Gerault-Richards die Bezeichnung: „Spiegel“ zu. Der Präsident Brisson, der von jeher eine ausgesprochene Parteilichkeit gegenüber den Sozialisten zeigt, überschritt sein Recht und die Geschäftsordnung in der gröblichsten Weise, indem er gegen Gerault-Richard gleich die höchste Ordnungsstrafe beantragte: die Zensur mit der zeitweiligen Ausschließung aus der Kammer. Noch mehr, trotzdem die Abstimmung durch Ausstehen ein zweifelhaftes Resultat ergab, widersetzte er sich der nochmaligen Abstimmung mittelst Stimmgeltes und erklärte die Strafe für beschlossen.

Er wird das noch bitter abbüßen. Nachdem unser Genosse, den willkürlichen Beschluß mißachtend, erst der Militärgewalt gewichen und die Sitzung wieder aufgenommen worden war, verlangte Faure's das Wort, um mit der Geschäftsordnung in der Hand gegen den Willkürakt des Präsidenten zu protestieren. Brisson entzog ihm einfach das Wort. Erneuter Sturm. Brisson wurde von den Sozialisten und sozialistischen Radikalen mit einem Hagel von Wortseilen überschüttet: „Alte Kanaille! Mißthäter! Verräther!“ u. s. f. flog ihm nur so an den Kopf, bis er die Sitzung aufhob und sich aus dem Staube machte.

Die Fortsetzung folgt in der nächsten Sitzung, die auf Donnerstagabend anberaumt ist.

Während des Sturmes rief ein radikaler Abgeordneter dem Präsidenten zu: „Sie werden doch nie Präsident der Republik sein!“ Dieser Zuruf ist die Erklärung für das gewaltsame Vorgehen des radikalen Brisson. — Trotzdem er zum Kammerpräsidenten mit Hilfe der sozialistischen Stimmen gewählt wurde, sucht er durch die Drangsalirung der sozialistischen Abgeordneten sich die Stimmen der Ordnungsparteier für die zukünftigen Präsidenschaftswahlen zu sichern. Vergebliche Mühe! Denn andererseits muß er von Zeit zu Zeit den Radikalen herausschleichen. So sitzt er denn glücklich zwischen zwei Stühlen.

Die sozialistische Kammerfraktion hat ihm in einem von 44 Abgeordneten unterzeichneten Manifest förmlich den Krieg erklärt.

Die Szene der Ausschließung Gerault-Richard's wird von der „Frankfurter Zeitung“ in folgender Weise geschildert: Der Präsident fordert ihn auf, den Sitzungssaal zu verlassen. Er verweigert dies.

Die Sozialisten rufen ihm zu: „Dableiben! Nicht fortgehen!“ Der Präsident erhebt sich und erklärt die Sitzung für suspendirt. — Die Hülfers lassen die Tribünen des Publikums und der Presse räumen. Auf Befehl des Präsidenten verlassen die Deputirten den Sitzungssaal. Nur Gerault-Richard und 20 Sozialisten bleiben auf den Bänken. Die Quästoren verhandeln zunächst mit Gerault-Richard, um ihn zum Verlassen des Sitzungssaales auf gültlichem Wege zu bringen. Er und die Sozialisten wollten jedoch nicht nachgeben. Schließlich befiehlt der Präsident das Einschreiten des Militärs. Acht Mann von der Marine-Infanterie, geführt von vier Sergeanten des Kammerdienstpersonals, betreten den Saal. An der Spitze des Biquets geht ein Oberst, der den Wachtmeister im Palais Bourbon kommandirt. Einer der Quästoren fordert Gerault nochmals zum Verlassen des Saales auf. Dieser erklärt, er werde bis an die äußerste Grenze seiner parlamentarischen Rechte gehen. Der Oberst legt ihm hierauf die Hand auf die Schulter und fragt: „Weichen Sie der Gewalt?“ Gerault antwortet: „Ja, aber ich konstatire, daß unter der Republik wie unter dem Kaiserreich ein Vertreter des Volkes in dieser Versammlung nicht zum Worte gelangen kann.“ Er verläßt hierauf den Saal mit dem Rufe: „Es lebe die soziale Revolution! Schmach den Feiglingen!“

Lübeck und Nachbargebiete.

9. Juni.

Zuzug ist fernzuhalten von Tischlern und Töpfern nach Rostock, von Maurern nach Malchin, von Bäckern nach Danemark und Schweden.

Achtung Holzarbeiter! Nach den Möbelfabriken von Gebr. Wasserstradt, W. Senff, H. W. Th. Bahrst, A. B. H. Pamperin, F. Schramm, Demuth u. Co., sowie L. D. R. Waugert ist der Zuzug streng fernzuhalten. Anfragen u. s. w. sind zu richten an D. Mohde, Lederstraße 3. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Aufforderung. Der Parteipresse geht folgendes Schreiben zu: In der Gerichtsverhandlung vor dem Schöffengericht Flensburg am 18. Februar d. J., sowie in der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht am 30. April wurde Unterzeichneter wegen einer Anfrage in einer Gewerkschaftsversammlung am 19. November 1896 zu Flensburg, dahingehend, ob die Aeußerung eines Schlachtergesellen der Flensburger Exportschlachtereie, die der Besitzer unter Zeugen mittheilte, wohl begründet sei, zu einem Monat Gefängniß wegen öffentlicher Beleidigung des Schlachtermeysters verurtheilt. Zur weiteren Rechtsnachung in dieser Sache wird der Schlachtergeselle C. Homburg aus Büttow in Pommern, welcher 1896 auf der Flensburger Exportschlachtereie gearbeitet, dringend als Zeuge gewünscht. Benannter, oder Derjenige, welcher mir den Aufenthalt des C. Homburg mittheilen kann, wird dringend gebeten, sich hiervon sofort Mittheilung zu machen. F. Kersten, Flensburg, Nordstraße 145.

Wahlergebnis. Im neunten Wahlbezirk (Mühlenthor-Landbezirk) wurde Herr J. H. Grube zu Moisling zum Mitglied der Bürgerchaft erwählt.

Vom Tage. In Hast geriethen ein Schlosser, welcher einem Mädchen eine Uhr nebst Kette und 15 Mark gestohlen, ein Arbeiter, welcher wiederum dem Schlosser die Uhr gestohlen und ein zweiter Arbeiter, welcher sie verfehlt hat. — Gestohlen wurde aus einer Baubude an der Körnerstraße diverse Kleidungsstücke, eine Wasserwaage, ein Füllstock, ein Hammer und Schutzheng.

Senatsverordnung. Auf Grund des § 26 der Medizinalordnung vom 25. Septbr. 1867 hat der Senat beschlossen: Den in § 1 der Verordnung vom 24. Oktbr. 1891, betreffend Meldung angezeiglicher Erkrankungs- und Todesfälle durch die Aerzte, angeführten Erkrankungen, deren Vorkommen in ihrer Praxis die im Lübeckischen Staatsgebiete praktizierenden Aerzte sofort nach erlangter Kenntniß dem Medizinalamte zu melden haben, wird die Lepra hinzugefügt. Lepra ist die sonst unter dem Namen Aussatz bekannte, in Deutschland recht selten vorkommende ansteckende und unheilbare Krankheit.

Ernennung. Am 15. Mai d. J. hat den Senat an Stelle des von hier fortgezogenen H. A. F. Burmeister zum Sachverständigen für die Abschätzung von Flur- und sonstigen Beschädigungen bei Truppenübungen, mit Ausnahme von Forstbeschädigungen, für die Jahre bis 1900 einschließlich den Defononierath H. M. W. Eckhoff ernannt und dessen am 4. Juni d. J. erfolgte Beerdigung veranlaßt.

Das diesjährige Aushebungs-Geschäft für den Aushebungs-Bezirk der freien und Hansestadt Lübeck wird in der Zeit vom 14. bis 18. Juni d. J. in Lübeck auf dem Pockenhofe (Vorstadt St. Gertrud) stattfinden. Alle Militärpflichtigen, die sich vor der Ober-Erfass-Kommission zu stellen haben, werden aufgefordert, zu dem Zeitpunkt, der ihnen durch Stellungsbefehl bekannt gegeben ist, pünktlich zu erscheinen und ihre Militärpapiere mitzubringen. Militärpflichtige, welche der Aufforderung, sich vor der Ober-Erfass-Kommission zu stellen, ohne einen als genügend anerkannten Grund keine Folge leisten, oder beim Aufruf ihrer Namen nicht anwesend sind im Musterungsraum, können nicht nur durch Anwendung gesetzlicher Zwangsmaßregeln zur sofortigen Gestellung angehalten werden, sondern unterliegen auch den im § 26,7 der Wehr-Ordnung angedrohten Strafen und den weiteren daselbst namhaft gemachten Folgen der Nichtgestellung.

Neueste Nachrichten.

Wiesbaden. 9. Juni. Bei der heutigen Reichstags-Erfolgswahl erhielten, nach einem Privat-Telegramm des „Echo“, bis jetzt Dr. Duarck (SD.) 4509, Wintermeyer (Freis.) 5008 Stimmen. Eine Stichwahl ist wahrscheinlich.

Briefkasten.

Maisier-Comite. Am Freitag Abend 8 1/2 Uhr: Sitzung.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 9. Juni.
Der Schweinehandel verlief gut. Ruchardt wurden — Stück, davon vom Norden — 20 vom Süden — 1 Stück. Preise: Berlin-Schweine schwere 47—49 P., letzte 40—51 Mt., Sauen 33—40 Mt. und Ferkel 47—50 P. pr. 100 Pfd.
Der Mäherhandel verlief langsam. Zugeführt wurden 1200 Stück unverkauft blieben — Stück. Preise: beste 85—95 Mt., geringere 65—75 Mt. per 100 Pfd.

See-Berichte.

D. Uba, Lomer, ist am Mittwoch Morgen in Königsberg angekommen.
D. Althea, Kobenbed, ist Dienstag Nachmittag von Menfahrvasser auf hier abgebannt.
D. Ludwig, Fyrler, ist Dienstag Abend von Kronstadt auf hier abgebannt.
D. Hebe, Bergström, ist am Mittwoch Morgen in Abo angekommen.

Hamburg. Eine Arbeitseinstellung erfolgte am Pfingstsonntag Nachmittag im Restaurant „Asterluff“, und zwar legten 10 Kellner dort die Arbeit nieder, weil ihre Forderung, 20 Mt. Lohn pro Monat, angeblich deshalb von dem Restaurateur Frommhagen nicht bewilligt wurde, weil das für ihn unerschwinglich sei. Wie die Kellner mittheilen, seien sie durch Vermittlung des Kommissionärs Kollerbohm (dem jeder von ihnen dafür 10 Mt. zahlen mußte) so engagiert worden, daß sie ohne Lohn zu arbeiten und sämtliche vor kommenden Arbeiten zu verrichten hatten. Sie mußten für Wäsche, Kleidung und Wohnung selbst sorgen, hatten ihre Beiträge zur Kranken- und Invaliditätsversicherung zu zahlen und — da schließlich die Arbeiten sich häuften, auf Anrathen der Frau Frommhagen noch 30 Mt. pro Monat an ein Fensterreinigungs-Institut für das Reinigen der Fenster aus eigener Tasche zu entrichten, das sie sonst auch mit zu besorgen hatten. Zuspätkommen kostete 1 Mt., wovon die Hälfte zum Ersatz für zerbrochene Geschirer vom Restaurateur verwandt werden konnte. Die hohen Ausgaben der Leute stellten sich dadurch auf 15 Mt. monatlich, für Feden, und zwar für Klassenbeiträge 2,10 Mt., für Fensterputzen 3,75 Mt., für zwei Glas Bier täglich 9,30 Mt. Ihre Lage war nun auch dadurch noch ihrer Angabe schlechter geworden, daß sie in Folge der Hausarbeit nur immer einen Tag um den anderen zum Serviren kamen, die Trinkgelber daher nicht zur Existenz ausreichten. — Das hefte Geschäft bei dem

Vorkommniß macht entschieden wieder irgend ein Kommissionär, der andere Kellner dorthin schickt und dafür wieder ein ganz erkleckliches Sümmchen einsteckt.

Hamburg. Postalisches. Für die Zeit vom 14. bis 22. Juni wird in dem Seitenbau am Haupteingange der Allgemeinen Deutschen landwirtschaftlichen Ausstellung in Hamburg ein Postamt mit Telegraphenbetrieb und öffentlichen Fernsprechstellen in Wirksamkeit treten. Die Verkehrsanstalt wird für das Publikum täglich von 8 Uhr Vormittags bis 8 Uhr Abends geöffnet sein und folgende Befugnisse erhalten: 1) Verkauf von Postwerthzeichen jeder Art; 2) Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, von Postanweisungen und von Telegrammen; 3) Bestellung der an die Aussteller eingehenden, nach dem Ausstellungsplatz gerichteten Briefsendungen, Postanweisungen und Telegramme, sowie Ausgabe derartiger Sendungen, welche mit der Bezeichnung „postlagernd“ versehen sind; 4) Vermittlung der bei den öffentlichen Fernsprechstellen zu führenden Gespräche. Es empfiehlt sich, die für Empfänger am Ausstellungsplatz bestimmten Postsendungen und Telegramme mit dem Zusatz „Hamburg, landwirtschaftliche Ausstellung“ zu bezeichnen.

Güstrow. Hinrichtung. Der wegen Ermordung und Beraubung des Schuhmachermeisters Hildebrandt zum Tode verurtheilte Schuhmachergefelle Wi e s e wurde Mittwoch durch den Scharfrichter Meindel aus Magdeburg hingerichtet.

Ausnahmepreise.

*
Nur
gültig für 8 Tage.
Von
Freitag den 11. Juni
bis
Sonntag, 19. Juni

- | | |
|---|---|
| Washgarnituren, früher 2 Mt. 50, jetzt 1 Mt. 90 | Vorrathstouren, braun, früher 50 Pf., jetzt 40 Pf. |
| Washgarnituren, 5theil., früher 5 Mt., jetzt 4 Mt. 50 | Butterbrodplatten, große, blau, früher 25 Pf., jetzt 17 Pf. |
| Washgarnituren, früher 3 Mt. 25, jetzt 2 Mt. 75 | Brodkörbe, blau, früher 40 Pf., jetzt 33 Pf. |
| Washgarnituren, früher 3 Mt. 50, jetzt 3 Mt. | Mudelroller, blau, früher 50 Pf., jetzt 40 Pf. |
| Toiletten-Gimer, früher 3 Mt. 50, jetzt 3 Mt. | Wandkonsolen, große, früher 20 Pf., jetzt 15 Pf. |
| Toiletten-Gimer, früher 3 Mt., jetzt 2 Mt. 50 | Kartoffelschäler, früher 10 Pf., jetzt 3 Pf. |
| Washkannen, große bunte, früher 1 Mt. 25, jetzt 1 Mt. | Beischüsseln, früher 30, 25, 20, 15 und 10 Pf., jetzt 25, 20, 17, 12, 8 Pf. |

Verandt nach Auswärts gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages.

Riesen-50-Pfg.-Bazar

Breitestrasse 51. LÜBECK. Breitestrasse 51.

Man beachte
meine großen
Schaufenster!

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Gesucht eine Haushälterin. Näeres in der Exped.

Gesucht zum 1. Oktober eine Wohnung im Preise bis zu 180 Mt. für Leute mit einem Kind. Off. unter A C 66 an d. Exped.

Gesucht eine Wohnung für 2 junge Leute im Preise von 110—150 Mt. Offerten unter F H 100 an die Exp. d. Bl.

Zu verkaufen sofort ein guterhaltener 2thür. Kleiderschrank, billig. Waisenhoffstr. 4a, 1 Tr.

Zu verkaufen ein grüner Papagei, der sprechen kann. Marktstr. 54.

Zu verkaufen ein großes Vogelbauer. Ritterstr. 12a.

Verloren am Sonnabend Abend zwischen 9 und 10 Uhr von der Engelsgrube bis Lüntzenhagen ein Rehmarsstück. Abzug gegen Belohnung Lüntzenhagen 3, 2. E.

Verloren am 2. Pfingsttage eine Herbedecke von Ludwigstraße nach Sedanstraße. Abzugeben gegen Belohnung Sedanstr. 22a.

Feine und grobe Wäsche wird sauber gewaschen und gepflegt. Kabitelstr. 7, im Fl., 1 Tr.

Jede Polsterarbeit Aufpolstern v. Sophas, Stühlen, Matrasen, sowie das Tapezieren der Zimmer gut und billig. F. Lenius, Tapezierer, Friedenstr. 53.

Ihre nur aus bestem Hopfen und Malz gebrannten Biere, Lager-, Tafel- und Münchener (nach Münchener Art gebraut), empfiehlt die **Adler-Brauerei.**
Inh.: G. Teichgräber.

Großer Ausverkauf
des reich assortirten Waarenlagers, bestehend aus 4000 verschiedenen Artikeln. Es sollen wegen Veränderung des Geschäfts zu Spottpreisen abgegeben werden:
Kochapparate, Kumpeln, Gänge, Tisch- und Krüchenslampen, Kinderwagen, Messer und Gabeln, Eh- und Theelöffel, Glas- und Porzellanwaaren.
Ferner mache noch ganz besonders auf Herren- und Knaben-Stroh Hüte aufmerksam, selbige sollen zu halben Preisen abgegeben werden. Es kommen nur prima Waaren zum Verkauf.
Kupfer Schmiedestraße 11.

J. G. W. Schult's Gasthaus
Inh.: F. Stoffers (früher Lübeck)
Hamburg = St. Pauli
Reeperbahn 57/58 (Ecke Sophienstr.)
hält sich einem geehrten Publikum bestens empfohlen. Vorzügliche Küche. Elegant eingerichtete Loggierzimmer mit electrischer Beleuchtung von Mt. 1,25 bis Mt. 2,50.

Das Recht und die Rechtshülfe der Handlungsgehülfen.
Eine Denkschrift zur Revision des Handelsgesetzbuches und zur Vereinfachung des Klageverfahrens für Handlungsgehülfen.
Von **Richard Lipinski.**
Preis 25 Pfg.

Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarton per 100 Stück von 1 Mk. an
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 50.

Club Fidelitas.
Sommerfest
(Preisfischen, Damenvergügen)
am Sonntag den 13. Juni im Concerthaus Flora.
Anfang 4 Uhr. Damen frei.
Einführung gestattet.
Der Vorstand.

Eine Parthie ger. Landmettwurst, Pfd. 70 Pfg., gute frische Hofbutter, Pfd. 90 Pfg. empfiehlt
Carl Ohlert, Königstraße 123.

Gesangverein „Eintracht“

**** Ausflug ****
nach der **Holsteinischen Schweiz**
am Sonntag den 20. Juni.
Abfahrt Lübeck Morgens 7 Uhr 40 Minuten.
Abfahrt Gremsmühlens Abends 9 Uhr 58 Min.
Karten sind zu haben für Mitglieder beim **Boten H. Stamer, Falkenstr. 94.** Mitglieder müssen ihre Karten bis zum 17. Juni gelöst haben, widrigenfalls sie als Fremde betrachtet werden.
Karten für Nichtmitglieder sind zu haben bei **C. Wittfoot, Hlitzstr. 18. H. Bruhse, Gundenstraße 20.**
Das Fest-Comité.

St. Jürgen-Viederfranz
Ausflug nach Schwartau
am Sonntag den 20. Juni
per Dampfer „Vesta“.
Abfahrt Holstenbrücke präcise 1 1/2 Uhr Nachmitt.
Karten à 50 Pfg. für Nichtmitglieder sind zu haben bei Herrn Kaufmann **Breede, Tronsforders Allee 40 c, Herrn Steffen, Königstr. 92.**
Karten für Mitglieder à 25 Pfg. sind bis Donnerstag den 17. Juni bei Herrn **Reinde, Nahlforsstr. 53 a, zu haben.**

Prozess v. Tausch - v. Lüchow.

Berlin, 1. Juni 1897.

Siebenter Verhandlungstag.
(Fortsetzung.)

Vorsitzender Landgerichtsdirektor M ü s e l e r eröffnet die Verhandlung um 9 Uhr.

Zunächst giebt Oberstaatsanwalt D r e s c h e r die Erklärung ab, daß es ihm völlig fern gelegen habe, die betrieblige Erlangung der Korrespondenz Webedindt als harmlos zu bezeichnen. Harmlos sei nur der Zweck, zu dem der Betrug in Scene gesetzt worden ist. Er halte das Verhalten des Polizeibeamten für strafwürdig und habe eine strenge Untersuchung eingeleitet, also kein Staatsinteresse vorgeschützt. Die Untersuchung habe ergeben, daß nur ein Beamter an der Fälschung theilhaftig war und gegen diesen könne nicht vorgegangen werden, weil er verstorben ist. (Herr von Maubert?) Der Angeklagte von Tausch sei an der Affäre in keiner Weise theilhaftig, die ihm zum Vorwurf gemacht werden könnte. Er gebe diese Erklärung ab, weil seine gestrigen Ausführungen zu Mißverständnissen Anlaß geben könnten und Anlaß gegeben haben.

Erster Zeuge ist Legationsrath im Auswärtigen Amt Dr. S a m m a n n. Er schildert die bereits von Herrn von Marschall erwähnten Nachforschungen nach dem Urheber der skandalösen Artikel in ausländischen Blättern, die sich hauptsächlich mit dem russischen Postreisen und dem Gesundheitszustand des Kaisers beschäftigten. Tausch habe mit ihm bezwungen eine Unterredung gehabt, er habe dem Kriminalkommissar den Verdacht gegen Schumann geäußert, Tausch sei nach Köln gefahren, habe aber nichts ermittelt. Er selbst habe dann später mit Leichtigkeit die Beweise herbeigeschafft, da alle diese Artikel von Schumann herrührten. Schumann habe mit einem deutschen Flüchtlinge Groth in Paris die Schurkereien begangen. Herr von Tausch habe nichts ermittelt, als daß die Spuren auf einen hannoverschen Offizier wiesen. Herr von Tausch habe dieselben Grundlagen für die Ermittlungen gehabt, wie er selbst. Der Vorsitzende habe Herrn von Marschall gegenüber bemerkt, es könne hier auch mangelnde Befähigung des von Tausch Schuld sein. Er sei dieser Ansicht nicht, meine vielmehr, Tausch hätte den Urheber der Artikel ermitteln müssen. Er wolle nicht sagen, daß Tausch aus Sympathie mit dem Inhalt der Artikel den Verfasser nicht angegeben habe, er wolle nur der Vermuthung Raum geben, daß Tausch aus nothgedrungener Schonung für Schumann gehandelt habe. Oberstaatsanwalt D r e s c h e r bittet den Vorsitzenden, darauf zu halten, daß der Zeuge weniger Vermuthungen als Thatsachen hier anführen möge. V o r s.: Ich will Herrn Dr. Sammann seinen Vortrag beenden lassen und dann einige Bemerkungen machen. Der Zeuge deponirt, Herr von Riberlen habe eine Aeußerung des Tausch berichtet, dahingehend, Capriwi müsse fort und Waldersee an seine Stelle. Daß Tausch hinter den Artikeln der „Agence libre“ steckt, läßt sich nicht beweisen. Der Botschafter

in Paris hat nur ermittelt, daß die Artikel von Berlin fix und fertig an die Redaktion abgeliefert wurden, und zwar unentgeltlich. Aus den Akten der Reichskanzlei geht hervor, daß Tausch in der Disziplinäruntersuchung in dem Falle Schweinburg einen förmlichen Verweis erhalten hat. V o r s.: Auch aus ihnen im Allgemeinen sehr schwerwiegenden Bekundungen läßt sich nicht zwingend der Schluß ziehen, daß Tausch auf eigene Hand Politik getrieben und politische Artikel inspirirt habe. N. A. P o l z: Der Herr Zeuge hat vorhin ein Gespräch erwähnt, daß Tausch mit Herrn von Riberlen gehäut haben soll, wo er gefragt haben soll, Capriwi müsse durch Waldersee ersetzt werden. Zeuge: Herr von Riberlen hat die Aeußerung von dem Verlagsbuchhändler Luchardt. Ich habe mit Luchardt selbst gesprochen und dieser hat mir erzählt, Tausch sei oft bei ihm gewesen, wie er sagte, um gewisse Recherchen vorzunehmen und habe bei dieser Gelegenheit auf den neuen Kurs geschimpft. Ich halte den Eindruck, daß Luchardt den Eindruck hatte, Tausch habe ihn bestimmen wollen, nicht für Capriwi zu schreiben. N. A. S c h w i n d t: Die Verteidigung wird sich in der Mittagspause schlüssig machen, ob nicht Graf Capriwi als Zeuge geladen werden muß; für nothwendig halten wir jetzt schon die Vernehmung des Herrn Luchardt. N. A. S e l l o: Wir bedauern es, daß dieses bemerkenswerthe Zeugniß erst heute abgegeben worden ist, das jedenfalls zu einer Erweiterung der Beweisaufnahme führen muß. Wir werden Herrn Bachem aus Köln haben müssen, wir werden Herrn Luchardt haben müssen. Zeuge: Weßhalb wollen Sie, Herr Rechtsanwalt, den Herrn Bachem haben? Hier scheint ein Mißverständnis obzuwalten. N. A. S e l l o (scharf): Darüber werde ich meine Anträge an Gerichtsstelle stellen, mit Ihnen brauche ich mich nicht darüber auseinanderzusetzen. Ich halte es für prozessual ganz unzulässig, daß der Zeuge hier nicht nur seine Eindrücke, sondern auch die Eindrücke Dritter und Viertes kundgiebt.

Der Oberstaatsanwalt macht darauf aufmerksam, wenn in der Richtung der Verteidigung vorgegangen werden sollte, dann würde sich eine Verlegung des Prozesses nothwendig erweisen und vor den Gerichtstagen wäre an eine Wiederaufnahme nicht zu denken. N. A. S e l l o hält es für wünschenswerth, über die Beziehung des Angeklagten von Tausch zu Normann-Schumann, die den Expeller der Anklage bildete, volle Klarheit zu schaffen. Sein Klient habe volle Klarheit nicht zu fürchten und flüchte sich auch seinerseits in die Doffentlichkeit.

Das Gericht beschließt auf Antrag des N. A. P o l z, den Verlagsbuchhändler Friedrich Luchardt in Leipzig zu laden und ihn darüber zu befragen, ob ihn Tausch systematisch zu beeinflussen gesucht habe, in seiner Zeitschrift „Der Neue Kurs“ gegen den Neuen Kurs zu schreiben.

Zeuge Journalist Seebald war etwa anderthalb Jahre mit Tausch in Verbindung. Er habe die Verbindung gestellt, daß ihm nie etwas Ehrenrühriges auf-

getragen werde, und es sei auch nicht geschehen. Er habe ihm Verfasser von Broschüren angegeben, aber niemals doppeltes Spiel getrieben. Tausch habe ihm gesagt, der Ledert-Prozess sei hauptsächlich gegen ihn gerichtet und er habe diese Notiz in den Gerichtsakt der „Deutschen Zeitung“ gebracht. Es wäre mir ein Leichtes gewesen, die Notiz auch in den politischen Theil zu bringen, denn ich hatte keine untergeordnete Stellung bei der „Deutschen Zeitung“, ich schrieb Leitartikel und habe die Handelsvertragspolitik des Freiherrn von Marschall sehr scharf bekämpft. Aber ich hielt die Notiz nicht für politisch. V o r s.: Hat Ihnen Tausch nicht auch ausdrückliche Aufträge gegeben? Hat er Ihnen nicht gesagt, Sie sollten nur in bismarckfreundlichem Sinne Artikel schreiben? Zeuge: Den Wortlaut weiß ich nicht mehr, die Tendenz seiner Aeußerung ging aber dahin. Der Zeuge ist in seinen weiteren Bekundungen unbestimmter, als bei seiner eiblichen Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter. Er hat dort angegeben, Tausch habe ihn zu Simann mit dem Auftrage geschickt, Simann möchte zu Tausch kommen, er wolle ihn bitten, einen Tausch freundlichen Artikel über den Prozess Ledert in den „Leipz. Neuesten Nachr.“ zu schreiben. Heute weiß das der Zeuge nicht mehr bestimmt zu sagen. Herr Simann hat, wie Zeuge weiter bekundet, den Zeugen im Schriftstellerklub als Polizeispion bezeichnet; er habe daraufhin seinem Verleger Dr. Friedrich Lange sein Verhältniß zu Herrn v. Tausch klargelegt und sei aus dem Redaktionsverband der „Deutschen Zeitung“ ausgetreten. Er sei nach der Verhaftung bei Frau v. Tausch gewesen und diese habe gesagt: Mein Mann ist nicht dumm genug, einen Meineid zu schwören. — Oberstaatsanwalt: Die heutigen Aussagen des Zeugen stehen im direkten Widerspruch zu früheren, gleichfalls beschworenen Aussagen. Ich bitte dem Zeugen vorzuhaltend, daß sich ein Bericht von ihm an Tausch in den Akten befindet, in dem er sagt, er hätte die gewünschte Notiz im angebotenen Sinne geschrieben. Heute bestreitet er, derartige Informationen von Tausch erhalten zu haben. Zeuge: Nein, das habe ich ja gesagt, die Notiz bezog sich auf den Prozess Ledert, den Tausch als gegen sich gerichtet bezeichnete. V o r s.: Ich frage Sie nun und will ein Ja oder Nein: hat Tausch Ihnen den Auftrag gegeben und die Information erteilt, die eigentlichen Ankläger seien die Legationsräthe H o l s t e i n und S a m m a n n gewesen? Zeuge: Ja. N. A. L u b s c h n s k i: Haben Sie nach dem Prozesse Verbindung mit der politischen Polizei gesucht? Zeuge: Ja; ich war bei der Polizei, um zu sehen, wie die Stimmung sei. Kommissar Wittlich sagte, es sei möglich, daß später von meinen Diensten Gebrauch gemacht werden würde. Bis der Prozess gegen Tausch beendet sei, wäre es besser, wenn ich nicht benutzt würde. N. A. L u b s c h n s k i: Sie haben ihre Dienste also der Polizei angeboten? Zeuge: Ja, ich nehme keinen Anstoß, der Polizei meine Dienste zu leisten, wie ich es auch früher gethan habe. N. A. S e l l o: Ich weiß nicht, in welcher Beziehung diese Fragen zur Sache stehen. N. A. L u b s c h n s k i: Das dürfte nur Herrn N. A. S e l l o verborgen geblieben sein,

Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. K a u t s k y.

(85. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Hat ein Kind nicht mehr die Verpflichtung, für seine Mutter zu sorgen? Gewiß, dieses mußte sie erhalten, es mußte sie füttern, unter allen Umständen, selbst wenn ihm für die Nothdurft des eigenen Körpers nicht mehr genug übrig blieb; und sie wollte sich füttern lassen, sie wollte sich mästen, der Mandl zum Trost, die ja die Nahrung ihrem Kinde weggetrunken hatte; es war ihre Lebensaufgabe, ihr Lebenszweck geworden, es war ihre Wiedervergeltung! Sie aß mit Gier, sie aß mit Schadenfreude, ohne Bedacht, ob auch nur ein Krümchen für die andere übrig blieb. Sie hatte es seit Jahren so gemacht; früher hatte die Mandl das, was sie brauchte, beim Professor erhalten, jetzt aber hielt sie mit der alten gemeinsamen Tisch. Es wäre der Armen wohl schlecht ergangen, wenn nicht sie und da die Kathrein sich ins Mittel gesetzt und der Alten, wie einem bösen Hunde, die Knochen wieder abgejagt hätte.

Der Winter kam und mit ihm eine schlechte Zeit für die junge Unternehmerin. Das Geld, das ihr Wist hinterlassen, war aufgebraucht, im Garten lag der Schnee, und selbst in den Mistbeeten, die ihr dieser noch vor seiner Abreise herstellen ließ, keimte kein Halmchen. Mandl wollte ihre Botengänge wieder aufnehmen, um nur einige Kreuzer heimzubringen, aber die Eindauer waren ihr feindlich gesinnt und wollten ihr nichts zu verdienen geben. Der Grillenhof hatte die Dorfleute gegen sie aufgehetzt, seitdem die Mandl in dem verrufenen Hause des Professors wohnte. Seitdem es hieß, sie hätte daselbst einen Garten angelegt, und das nächste Jahr werde sie den Städtern Salat verkaufen, erwachte zugleich die Mißgunst. Was, ein so junges, dummes Dirndl sollte ein Geschäft auf eigene Faust führen und Geld verdienen? Nun, wär' nicht übel, dergleichen durfte nicht unterstützt

werden, und sie nahmen sich vor, der Mandl soviel wie möglich in den Weg zu legen; gewiß wollten sie niemals etwas von ihr kaufen, und wenn sie's auch noch so nothwendig brauchen thäten. Auch die Kathrein, die das Renommee einer vorzüglichen Köchin hatte, und stets zu Tauf- und Hochzeitsschmäusen als solche angenommen und gut bezahlt wurde, ward jetzt nicht mehr so gesucht, und sie hatte es nur dem Umstande, daß ihr Ruf schon weit über Lindau hinaus sich verbreitet hatte, zu danken, wenn sie zuweilen als Aushelferin noch begehrt wurde. Sie mußte sich recht kümmerlich durchbringen. Die alte Huber hatte im vorigen Jahre, als ihre gänzliche Erwerbsunfähigkeit konstatiert war, von der Kommune ein Erbäpfelfeld geschenkt erhalten, es hatte heuer einen guten Ertrag abgeworfen, und sie waren gegen Ende des Winters auf diesen allein angewiesen. Aber von Erbäpfeln kann man leben, und es wäre alles gut gewesen, wenn nur die Huber, seitdem sie, wie sie sagte, das ganze Haus ernähren mußte, nicht noch launenhafter und wahrhaft unerträglich geworden wäre. Sie verlangte für ihre Erbäpfel, die sie den andern gab, Brod und Fleisch für sich, und so gab es jeden Mittag Streit und Zank, und sie erhob dann ein Petergeschrei und jammerte über ihr elendes Loos, und über die Unkindlichkeit der Mandl, die ihre Mutter jetzt darben lasse, und sie schimpfte dann über die Kathrein, die sich von ihrem Eigenthum fütterte, sodas diese, von Widerwillen erfaßt, oft davoulief und rasch ein Stück Zeug oder ein Kleidungsstück verkaufte, um dieser gefräßigen Megäre den Mund zu stopfen. Kathrein begann sie zu hassen, Mandl aber blieb ihr gegenüber gleichmüthig und geduldig; sie war die Art und Weise schon gewöhnt, und sie raubte ihr nicht den frohen Muth, mit dem sie in die Zukunft blickte. Sie schien mit einem gläubigen Vertrauen, mit einer Art blinder Zuversicht, alles von derselben zu erwarten. Bald begann auch wieder für sie die Zeit harter, körperlicher Anstrengungen. Sobald der Schnee geschmolzen, mußten die Gartenarbeiten wieder beginnen. Jetzt konnte sie keinen Tagelöhner mehr besolden, sie mußte selbst drauf und dran. Sie fing an zu graben und zu

schaukeln, und die gute Kathrein half ihr dabei nach besten Kräften.

Um diese Zeit wars, als im Dorfe unsere alten Bekannten, der große Sepp und der weißköpfige Antor, viel von sich reden machten. Sie waren im Spätherbst, bald nach dem Friedensschlusse, auf unbestimmte Zeit beurlaubt worden, und da sie in einer Stadt nichts anzufangen wußten, so waren sie wieder in die Heimath zurückgekehrt, um sich hier als Knechte zu verdingen. Aber im Winter herrscht auf dem Lande ohnedies ein Ueberfluß von Kräften, und keiner nimmt sich da unnütze Esser ins Haus; wo sie anklopften, wurden sie abgewiesen. Die beiden Burschen waren überdies verkommen und arg verwildert, sie hatten sich den Branntwein angewöhnt und eine derbe Kauerei brachte sie bald vollends in bösen Veumund.

Eines Vormittags waren die beiden mit einem Bauer, dem reichen Entenhuber, in Streit gekommen, bei dem sie Arbeit gesucht und der sie ungebührlich hart angelassen und abgewiesen hatte; als sie am selben Abend in einem Wirthshaus wieder mit ihm zusammen trafen, konnte der Sepp es nicht unterlassen, von seinem Tische aus einige Anzüglichkeiten gegen den Nachbartisch zu schleudern, wo die Anstößigen bei vollen Krügen beisammen saßen. Sie riefen ihm zu, er sei ein Lump und habe sein Maul zu halten, was der Sepp erst recht als eine Aufforderung zum Sprechen ansah. Aber nach seiner hierauf erfolgten oratorischen Leistung streckten sich ihm ein Duzend Fäuste entgegen, und man drohte, ihn hinauszuworfen. Da erfaßte Sepp schnell entschlossen den Tischleuchter, und der Riese prügelte damit sämtliche Anwesende, ob schuldig oder unschuldig, so nachdrücklich durcheinander, daß er endlich ganz allein als Sieger zurückblieb, nachdem selbst der Wirth das Weite gesucht hatte. Er übte hierauf die Rechte eines Eroberers, indem er alles noch vorhandene Bier auspuff und nach dieser Heldenthat in der Scheune seines Feindes seinen Rauch ausschloß. Seitdem war er geächtet, und der blonde Anton, obwohl ganz unschuldig an dieser Affäre, mit ihm. Da geschah denn das Unvermeidliche, sie wurden Wildschützen. Sie machten ihre

Zwischen den heutigen Aussagen und den früheren des Zeugen kauft ein solcher Widerspruch, daß er in der Zwischenzeit Einflüssen ausgesetzt gewesen sein kann. N. A. Sello: Dann beantrage ich die Lobung Wittichs. Oberstaatsanwalt Drescher: Ich schließe mich dem Antrage an. Derartige Agenten sind für die Polizei unbrauchbar. (Gehehelt.) Kriminalkommissar Wittich wird geladen. (Fortsetzung folgt.)

Aus Nah und Fern.

Der dreißigjährige Gedenktag eines Attentats. Am 8. Juni 1867 eilten die schaulustigen Pariser nach dem Boulogner Wäldchen, um der großen Militärrevue zuzusehen, die Napoleon III. auf der Rennbahn zu Longchamps abhielt. Die Revue war um so glänzender, als der Zar Alexander II. und der König von Preußen dort zugegen waren.

Wie der unlängst abgestattete Besuch Nikolaus II. bei Felix Faure, so hatte auch der Besuch Alexanders II. finanzielle Zwecke. Bald darauf machte Rußland die französische Anleihe von 1867.

Um 4 1/2 Uhr Nachmittags war die Militärschau zu Ende. Die königlichen Equipagen setzten sich in Bewegung. Der König von Preußen fuhr nach einer anderen Richtung, während Napoleon mit dem Zaren nach den Tuilerien fuhr. Schon damals suchte Frankreich die Allianz Rußlands. Zur rechten Hand Napoleons saß Alexander und ihnen gegenüber saßen zwei Großfürsten. Als die Equipage sich dem Wasserfalle zuwandte, da hörte man plötzlich einen Revolverknall.

Beresowski hatte auf den Zaren geschossen.

Die Kugel hatte indeß das Ziel verfehlt. Nur das Pferd von Napoleons Stallmeister wurde verwundet. Dieser, Namens Rairbaug, hatte die verdächtigen Bewegungen des jungen polnischen Attentäters bemerkt, eilte zwischen ihn und die „kaiserlichen Hoheiten“ und rettete das Leben des Zaren.

Alexander wurde kreideblau. Das Blut des edlen Pferdes hatte die Insassen des Wagens bespritzt. „Bist Du verwundet?“ fragte er dann den Großfürsten Wladimir.

„Nein!“ Es war Niemand verletzt. Die Geretteten fielen sich einander um den Hals. Das „Volk“ war gerührt. Frauen weinten, und der junge Mann, der unter dem Ausrufe: „Es lebe Polen!“ den Revolverknall abgegeben hatte, wurde verhaftet.

Am 14. Juni reiste der Zar nach Petersburg ab. Mittlerweile wurde die Untersuchung gegen den jungen Polen geführt. Französische Richter führten sie mit Hilfe des russischen Gensdarmehauptmanns Schwaloff. Das Attentat war nicht die Aktion einer Verschwörung. Beresowski hatte auf eigene Faust gehandelt.

Während der Verhandlung zeigte der Angeklagte sich als ein junger Mann von großer Geistesgegenwart und Ruhe. Alle bezeugen seine Intelligenz und heben den sympathischen Eindruck hervor, den er auf sie machte. Jung, bleich, von hoher Stirn, antwortete er ruhig und offen auf die ihm gestellten Fragen.

Kaum zwanzig Jahre alt, war er bereits Flüchtling, der Galizien, Deutschland, Belgien und Frankreich durchgewandert hatte. Er war in Wolhynien geboren. Als er 16 Jahre alt war, brach der polnische Aufstand von 1863 aus. Er eilte in die Reihen der Aufständischen und nahm an deren Kämpfen gegen Rußland muthigen Antheil. Nach ihrer Niederlage mußte er auswandern.

Sache gut, und man erzählte sich, sie hätten Monate hindurch gut zu leben gehabt und wahrlich nicht gedurft, aber an einem bitterkalten Wintermorgen, da das Thermometer zehn Grad Kälte wies, wurden sie vom Förster und seinen Gehülften erwischt und angehalten.

Sie setzten sich nicht zur Wehr; den Halberfrosenen mochte das Stadtgefängniß als ein höchst wünschenswerther Aufenthalt sich darstellen; ihr Begehren darnach wurde denn auch sogleich erfüllt; man gönnte ihnen Zeit, den Rest des Winters im Stadtfotter über die Veränderung ihrer Lage nachzudenken. Da fanden sie denn, daß es daselbst kaum etwas wärmer als in ihrer Erdböhle, aber dafür unverhältnißmäßig langweiliger sei, und sie nahmen sich vor, sich das nächste Mal nicht mehr fangen zu lassen.

Als sie loskamen, machte es ihnen einige Sorge, daß sie keine Gewehre mehr hatten, die waren und blieben konfisziert, aber sie fingen, bis sie sich andere verschaffen konnten, die Hosen in der Schlinge, und diese schmeckten deshalb nicht weniger gut. Im Dorfe begannen sie als wahre Unholde sich zu gebärden, sie stießen feste Reden, ja Drohungen aus, und erpreßten sich so Geld und Lebensmittel.

Es machte ihnen Spaß, die Bauern gegen sich aufzubringen und sie gleichzeitig in Angst zu versetzen, es lag ihnen nichts mehr daran, als ehrliche Leute zu gelten, ja, sie hielten es für eine Ehrensache, zu zeigen, daß sie sich durch eine Strafe nicht abschrecken ließen, sondern in männlicher Konsequenz den einmal betretenen Pfad muthig weiter wandelten, und es erschien ihnen zugleich als ein Akt der Wiedervergeltung, diejenigen, die sie so weit gebracht hatten, in jeder Weise zu ärgern und zu schädigen.

Mit diesen buhenshaft wilden Regungen in der Brust, ganz handitenmäßig sich fühlend, dabei die gemüthlichsten Stanzeln herabsingend mit dem Schlusjauchzen dazu, streiften sie an einem schönen Nachmittage Arm in Arm durchs Dorf. Sie waren beim Brantwein eingelehrt, und es zeigte sich bald, daß dieser sich ein Vergnügen

Im Auslande arbeitete er als Waffenschmied, und als solcher erhielt er auch Arbeit in Paris.

Seine arbeitame und nüchterne Lebensführung ermöglichte es ihm, etwas Geld zu sparen, für welches er sich Bücher kaufte, um sich weiter zu bilden.

Er war tief religiös und sehr patriotisch. Bei der Hausfuchung, die nach seiner Verhaftung vorgenommen wurde, fand man bei ihm neben vielen Schriften, die die polnische Geschichte betreffen, auch die bekannte Abhandlung des Jesuiten Mariana über Königsmord, in der der Königsmord unter gewissen Umständen gebilligt wird.

Hervorgehoben muß werden, daß die polnische Kolonie in Paris, mit dem Filisten Samojski an der Spitze, in der „Gazette de France“ gegen die That Beresowskis protestirte und sie tief beklagte.

Die Gerichtsverhandlung begann am 15. Juli und war schon am andern Tage zu Ende. Eine Verschönerung existirte offenbar nicht und was die That selber betraf, so gab der Angeklagte jede Auskunft, die er geben konnte. Endlich erhielt sein Verteidiger C. Arago das Wort. Er entwarf ein Bild von Polens Kampf um seine Befreiung, schilderte das Leben Beresowskis, der, tief religiös und patriotisch, den bitteren Leiden seines heiliggeliebten Vaterlandes nicht mehr zusehen konnte und deshalb den Entschluß faßte, sein Volk von dem Tyrannen zu befreien.

„Wer ist da der Mörder?“ rief der Verteidiger aus. „Ist es Derjenige, der einen Galgen nach dem andern aufrichtet und Greise, Frauen und Kinder abschlachten läßt, oder ist es Derjenige, der diese Schandthaten rächen wollte?“

Beresowski wurde, unter Berücksichtigung mildernder Umstände, zu lebenslänglicher Zuchthausarbeit nach Neu-Kaledonien verurtheilt.

Im April 1877 hat ein französischer Reisender mit Namen F. Ordinaire die Insel Neu-Kaledonien, wohin auch die Pariser Kommunisten verbannt waren, besucht. Er sah auch Beresowski, der nach vier Jahren guter Führung etwas Land, Werkzeuge und eine Hütte von der Regierung erhalten hatte.

Seinen Besuch schilderte Ordinaire im Figaro vom 26. Juli 1890: „Das Ereigniß vom 6. Juni 1867 kam mir lebhaft in den Sinn, als ich auf einer Anhöhe die mit Mais und Luyerne bebaut war, im Schatten von Kokospalmen eine Hütte erblickte. Drei Kühe standen vor dem Thore und blickten uns an, als wir vor ihnen vorbeigingem.“

Das war die Hütte Beresowskis. Wir klopfen an, aber Niemand antwortete. Wir wiederholten unsere Versuche — immer mit demselben Resultat. Niemand kam und öffnete uns. Wir waren schon im Begriffe fortzugehen, als auf einem Pfade ein Mann sichtbar wurde. Er trug ein Bündel Luyerne auf den Schultern. Seine Kleidung war ungemein einfach. Hemd nur von Leinwand, der breite Hut von ungegerbtem Ziegenfell. Er ging barfuß, mit langen Schritten, hinter ihm eine Ziege, die hie und da am Grase zupfte und dann wieder hinter ihrem Herrn einherlief.“

Ein wahrer Robinson. Er lud den Franzosen in seine aus rauhen Stämmen bestehende Hütte, die kaum mit den nothwendigen Hausgeräthen versehen war. Der einzige Luxus war ein Schrank mit Büchern.

„Hoffen Sie noch, je wieder zurückzukehren?“ fragte der Gast.

„Ich habe alle Hoffnung aufgegeben. Alle werden befreit: politische Gefangene und gemeine Verbrecher, nur meiner scheint man vergessen zu haben. Ich bin nur

daranz machte, die Burschen mit einigen Gläschen zu regaliren. Diese hatten hierauf den Stoß am Hut nach vorne gefehrt, aber niemand zeigte sich gewillt, diese Herausforderung übel zu nehmen. Auch im Wirthshause hielt man sich ängstlich von ihnen fern, und der lange Sepp, dem das langweilig zu werden begann, sann daher auf eine die Gemüther aufstachelnde Schandthat. Sie verließen das Gemeindegewirthshaus und gingen weiter. Da kamen sie an dem Garten des Professors vorüber, und über den hölzernen Zaun blickend, sahen sie Kathrein und Mandl, beide mit dem Spaten beschäftigt. Sepp blieb stehen und lachte.

„Schauts die an! J. Kreuzteufel, Dirndl, was grabst Du denn da so hitzig, wie ein Maulwurf, denkst wohl noch gar, Dein Kleiner hätt' da seine Schäg' vergraben?“

Mandl sah von der Arbeit auf und ließ den Spaten einen Augenblick feiern.

„Hör' Sepp,“ fragte sie mit munterer Schlagfertigkeit, „möchtest wohl Andere zum Narren halten, bist aber selbst ein dummer Kerl. Freilich hat mir mein kleiner Professor einen Schäg' hinterlassen, Du hast halt blöde Augen, weil Du das nicht siehst, in dem ganzen Grund und Boden da liegt doch der Schäg' versteckt, aber ich weiß nur nicht, ob ich die Kraft haben werde, ihn zu heben.“

Der Sepp hatte sich erst ganz verblüfft bei seiner großen Nase gefaßt, so grob war ihm lange keiner gekommen, sie fürchteten sich alle vor ihm, aber er schien von dieser Ungenirtheit geradezu entzückt, er lachte jetzt laut auf. „Bist ein recht resches Dirndl, Du, mit Deiner großen Schaufel in den winzigen Händen; 's ist grad zu g'spazig, daß; na damit wirst nichts heben, wenn Du Dir nicht helfen laßt.“

Die Mandl lachte ebenfalls. „Es wäre mir nicht z'wider, ich möchte mir schon helfen lassen, weißt, Sepp, es ist nun aber das Einzige eben, es hilft mir halt Niemand.“

(Fortsetzung folgt.)

neugierig zu wissen, wer sich meiner Freilassung widersetzt: die französische oder die russische Regierung. . . . Uebrigens habe ich mich in diese Einsamkeit schon eingelebt und acclimatisirt. Einige Freunde senden mir zuweilen etwas Geld und Bücher, und meine materiellen Bedürfnisse sind ja sehr gering.“

Seit dieser Zeit hat sich die Lage Beresowskis wieder etwas verbessert. Dank seiner musterhaften Aufführung wurde er am Leuchtturme zu Numea als Wächter angestellt.

Als unsere französischen Genossen im vorigen Jahre in der französischen Kammer den Antrag auf allgemeine Amnestie der politischen Gefangenen stellten da wurde Beresowski vielfach erwähnt. Bald brachte der Gaulois die Nachricht, Beresowski sei geisteskrank, andere Zeitungen wußten plötzlich von seinem Tode zu berichten. Aber Berignon, der Direktor der neukaledonischen Gefangenenanstalt, der damals in Paris weilte, dementirte diese Berichte im Journal des debats vom 18. November 1896.

Beresowski lebt und leidet.

Standesamtliche Nachrichten.

vom 30. Mai bis 5. Juni 1897.

Geburten.
a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.
27. Mai. Kaufmann Joachim Heinrich Adolph Jähres, 28. Arbeitsmann Johann Heinrich Joachim Gebien, 29. Träger Johannes Friedrich Schidt, Schneider Andreas Claus Dietrich Bräggemann, 30. Lehrer Wilhelm Paul Gustav Dillner, Metallwaarenfabrikant Carl Wilhelm Johannes Claassen, 31. Schlosser Ludwig Adolf Martin Heinrich Hecht, 1. Juni. Metallbeher Heinrich Johann Carl Gade, Arbeitsmann Ludwig Heinrich Ernst Karl Brand, Flussschiffer Johannes Wilhelm Daniel Stähf, Bize-Feldwebel Ernst Albert Arthur Webel, 2. Handlungsreisender Johannes Carl Martin Giese, 3. Schmiedegeselle Georg Gottfried Johannes Weltendorf, 4. Kaufmann Peter Ludwig Prahl, Maurergeselle Johann Joachim Heinrich Kästel.

b) Mädchen. Namen und Beruf des Vaters.
18. Februar 1896. Schlachter Heinrich Gottfried Friedrich Hoffmann, Krempeldorf, 23. Mai 1897. Arbeitsmann Martin Johannes Heinrich Peterfen, Handlungsgehülfe Johann Hannus Wellner, Maurergeselle Joachim Heinrich Dechow, 24. Heizer Heinrich Friedrich Johann Wulf, 25. Matrose Michel Wachtels, 27. Arbeitsmann Johann Carl Heinrich Peter Hanow, Kaufmann Julius Ludwig Heinrich Friedrich Eggers (sive Eggert), 28. Schneider August Heinrich Wilhelm Krausenberger, Eisenbahnbremsler Friz Johann Heinrich Städt, 29. Straßenreinerer Johann Heinrich Wilhelm Griebel, Bureauvorsteher Otto Johann Emil Friz Strauß, 30. Elementarlehrer Johannes Carl Hermann Weich, Malergehülfe August Gottfried Fölsch, 31. Arbeitsmann Christian Joachim Heinrich Lüthge, Tischler Hermann Christel Peter Harms, Fischer Hans Friedrich Wilhelm Westphal, Holzmann, Arbeitsmann August Heimer, 1. Juni. Landrichter Dr. jur. Johann Martin Andreas Neumann, Bierführer August Wilhelm Schwarz, Arbeitsmann Johann Alfred Carlsson, 2. Kaufmann Carl Friedrich Robert Dimpfer, Arbeiter Johann Joachim Heinrich Lampe, 3. Bäcker Caspar Heinrich Tiemann, Zimmermann Ludwig Carl Friedrich Jopp

Storbefälle.
11. Mai. In der Ehe ertrunken: Leichtmatrose Max Heinrich Christoph Götting, 17 J. 28. Carl Friedrich Rudolph Bräsen, 2. M. 30. Marie Utermar, 16 J. Arbeitsmann Hans Jochim Latendorf, 79 J. Hermann Carl Jochim Lehjan, 8 J. 31. Anna Dorothea Benckow, 16 J. Engel Catharina Dorothea geb. Nittcher, Wittwe des Altknechts Jochim Hermann Asmus Benhin, 72 J. (Krempeldorf.) Caroline Johanna Ubele Friederike Auguste Bruns, 4 M. Robert Wilhelm Friedrich Wolge, 10 M. 1. Juni. Gottlieb Friedrich Wilhelm Wendelborn, 1 J. Margaretha Elisabeth geb. Haack, Ehefrau des Arbeitsmannes Peter Hans Joachim Meyhory, 78 J. Arbeitsmann Johann August Heinrich Mathiesens, 76 J. Fabrikbesitzer Friz Theodor Carl Ernst Krempin, 37 J. Bertha Johanna Hoffmann, 9 M. 2. Marie Gretchen Henriette Widmann, 7 M. Maler Carl Wilhelm Blauf, 48 J. Magdalena Elisabeth Dorothea geb. Junge, Wittwe des Fuhrmannes Johann Jochim Ernst Dechow (Dechow), 73 J. Jba Marie Luise Koch, 9 M. Gotthard Helm, 10 J. 3. Maria Friederike Louise geb. Dorendorf, Ehefrau des Gärtners Johann Gottfried Heinrich Helm, 23 J. Anna Magdalena Dorothea Meyer, 76 J. Hermann Carl Franz Liebke, 1 M. Dorothea Magdalena Elisabeth geb. Benhin, Wittve des Arbeitsmannes Johann Jochim Heinrich Dretow gen. Lange, 58 J. Handlungslehrling Heinrich Friedrich Johann Heinrich Rietig, 16 J. 4. Christina Dorothea Magdalena geb. Popp, Ehefrau des Arbeitsmannes Carl Friedrich Tesmann, 72 J.

Angeordnete Aufgebote.
Mai. 31. Arbeiter Gustav August Hugo Schreiber zu Vorwerk und Anna Christina Louise Jacoben, Peter Ferdinand Carl Anton Müller und Jba Bertha Klotzmann. Kaufmann Friedrich Johannes Köhn und Johanna Catharina Ingeborg Busch, Konditor Emil Karl August Mauls und Auguste Wilma Henriette Voboff zu Bennedenstein, Schmied Carl Baltisch und Henriette Bertha Rose bei zu Winshewalbe. Juni. 1. Handlungsgehülfe Ludwig Friedrich Johannes Dräger und Anna Auguste Catharina Magdalena Benckow zu Schönberg i. M. Arbeiter Friedrich Hermann Jochen May Christian Schütt und Emma Caroline Elise Schütt, Kaufmann Richard Ernst Carl Kietow zu Frankfurt a. M. und Helene Biegelmann zu Raumburg a. S. 3. Arbeiter Heinrich Kuhlins und Caroline Luise Dorothea geb. Strothrich verw. Zünzgen, beide zu Hamburg, Kutcher Johann Heinrich Jochim Ritter und Sophia Wilhelmine Maria Wittcher, Direktor der Allgemeinen Deutschen Vieh-Versicherungs-Gesellschaft Heinrich Joseph Spennhof und Frieda Margarethe Elisabeth Vertha geb. Knappe, des Louis Christoph Robert Engler frühere Ehefrau, Arbeiter Anton Heinrich Peter Gottfried Lange und Elvira Tofvedotter, Arbeiter Carl Friedrich Hansen und Amanda Margaretha Dorothea Wriedt zu Techan. 5. Arbeiter Friedrich Bernhard Rudolph zu Hamburg und Maria Sophie Dorothea Wiende, Bureaugehülfe am Bau-Bureau Wilhelm Heinrich Peter Schund und Dorothea Johanna Catharina Kierulff Tischlergehülfe Heinrich Christian Friedrich Went und Anna Wilhelmine Elisabeth Greve, Kaufmann Friz Robert Erdmann Berthold Johannes Rindt zu Straßburg und Emilie Henriette Anna Pfuhl, Maurer Joachim Peter Heinrich, Niemann und Catharina Maria Elisabeth Lüth zu Dödenhof.

Eheschließungen.
Mai. 31. Dr. juris Karl August Albrecht Ramm zu Berlin und Hermine Schroeder. Juni. 1. Buchhändler Ernst Carl Hermann Goll zu Crepton und Anna Bernhardsine Henriette Rickarts. 2. Profurist Martin Bedersen und Marie Caroline Wilhelmine Kalm. 3. Kaufmann Ray Pinner zu Berlin und Martha Gumpel. 5. Malergehülfe Carl Jacob Joseph Heinrich Wilhelm Bohl und Maria Wangold zu Ludwigshafen. Schaubudenbesitzer Wilhelm Ludwig Carl Heinrich Käge und Elisabeth Marie Caroline Müller, Maschinenmacher Heinrich Friedrich Wilhelm Wieland und Maria Johanna Elisabeth Wandschneider, Arbeiter Gustav Adolf Ferdinand Bengtson und Frieda Wilhemine Maria Sommer zu Alt-Rahlstedt.